

Per Saldo ...

Im Grundgesetz steht:

Art. 20 Abs. 1:

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

Art. 20 Abs. 4:

Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutsche das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Art. 14 Abs. 2:

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

... was unter dem Strich herauskommt

Vom rechtlichen Umgang mit Geld – eine Beschwerde an die Verfassungsorgane der BRD

von Dr. Dieter Petschow

30855 Langenhagen, Am Kielenkamp 35. dr.pet.prax@t-online.de Mitglied bei Christen für gerechte Wirtschaftsordnung e. V.

« Lorsque le gouvernement viole les droits du peuple, l'insurrection est pour le peuple et pour chaque parti du peuple, le plus sacré des droits et le plus indispensable des devoirs. » Les Constitutions de la France depuis 1789

„Wenn die Regierung die Rechte des Volkes verletzt, dann ist das Recht zum Aufstand das heiligste aller Rechte und die unerlässlichste aller Pflichten des Volkes und eines jeden Teils des Volkes.“
Art. 33 – 35 der Verfassung der ersten Republik Frankreichs von 1789

Inhalt:

Einleitung	3
1.0 Material und Methode	5
2.0 Netto-Allokations-Quoten	7
2.1 Netto-Steuer-Quote	7
2.2 Netto-Sozial-Budget	7
2.3 Netto-Kapital-Ertrag	10
2.4 "effektiver Lohn"	11
3.0 von der Investition zur Lohngestaltung	11
4.0 soziale Bedürftigkeit – ein Bombengeschäft!	15
5.0 der (Sozial-)Staat, Garant für Kapitalertrag.	15
6.0 industria – oder: Was bleibt den Fleißigen?	15
7.0 Ein halbes Jahrhundert Buchführung	16
7.1 Brutto – Netto	16
7.2 Was bleibt vom Sozialstaat?	22
8.0 Die Wirtschaft muss wachsen! Wirklich?	24
8.1 Cui bono ?	26
9.0 Zusammenfassung	26
9.1 finanzpolitische Schlussfolgerungen	26
9.2 politische Forderungen	31
Anhang: Flyer	34
Wirtschaftsmathematik	35
Quellenangabe	36

Vom Sozialstaat zur Finanzdiktatur - eine Verfassungsbeschwerde -

Unter den unzähligen Übeln, welche den Zerfall ganzer Staaten herbeiführen, sind wohl vier als die vornehmlichsten anzusehen: innere Zwietracht, große Sterblichkeit, Unfruchtbarkeit des Bodens und die Verschlechterung der Münze. Die ersten drei liegen so klar zutage, dass sie schwerlich irgendjemand in Abrede stellen wird. Das vierte Übel jedoch, welches von der Münze ausgeht, wird nur von wenigen beachtet, und nur von solchen, welche ernster nachdenken, weil die Staaten allerdings nicht beim ersten Anlauf, sondern ganz allmählich und gleichsam auf unsichtbare Weise dem Untergang anheimfallen.

Nikolaus Kopernikus, Memorandum über das Geld.

Einleitung

Lieber Leser, liebe Leserin! Irgendwann - ich kann das Datum nicht mehr genau benennen - hatte ich Politik-Talkshows und auch Politikermeinungen aus den Medien satt. Sie stimmten mit meiner Realität nicht überein. Am Morgen jeden Arbeitstags ging ich zur Arbeit, meine Mitarbeiter waren auch da. Wir waren fleißig, wie viele meiner Mitmenschen. Ich aber stellte fest: Für unsere gemeinsame Arbeit bekamen wir weniger und weniger an Ertrag. Nach zwei Jahrzehnten mittlerweile erheblich weniger! Lag das an mir, oder an den Angestellten? War ich ein zu wenig geschäftstüchtiger Freiberufler? Die Realität meiner Firma waren niedrigere Löhne, niedrigere Einnahmen. Daneben gab und gibt es nach wie vor den gleichen Anspruch unserer Kunden, bedient zu werden. Bedarf war genug vorhanden, Angebot auch, also stimmte irgendetwas mit der Nachfrage nicht, mit dem Geld.

Ich wollte mir ein eigenes Bild machen, mit den Mitteln, die mir allein zur Verfügung standen. Dabei benutzte ich eine kaufmännische Betrachtungsweise, wie sie meinem Betrieb angemessen ist. Jahr um Jahr erstellen wir eine **Einnahmeüberschussrechnung**, d.h. mein Steuerberater zählt die Differenz zwischen Einnahmen und geschäftlichen Ausgaben. Was danach übrig bleibt, ist der **Gewinn unserer Arbeit**, abzüglich Brutto-Lohnsumme für die Mitarbeiter ergibt sich mein Anteil. Diesen muss ich versteuern. Danach bleibt jener Betrag, für den meine Frau und ich unsere Familie - in unsrer sog. sozialen Marktwirtschaft - ernähren und versorgen können. In betriebswirtschaftlicher Fachsprache heißt dieser Vorgang die Bildung eines **Saldo**, also der **Differenz von Soll und Haben**.

Nicht alles Geld, das eingenommen wird, steht den Menschen zum Einkaufen zur Verfügung. Nach Bezahlen aller betrieblichen Pflichten müssen noch Zinsen und Mieten, außerdem Steuern und Sozialabgaben entrichtet werden. Wenn dies alles bezahlt ist, verbleibt der verfügbare Rest für den „Gang zum Markt“, und diesen Rest nenne ich **„effektiven Lohn“**. In seiner Summe stellt er die **Kaufkraft** unsrer Arbeit dar. Für deren Erwerb gehen wir jeden Morgen zur Arbeit, jeder nach seinen Berufspflichten und Fähigkeiten.

Was für mein Team gilt, trifft hierzulande für ca. **35 Millionen** arbeitende Mitmenschen zu, eingeteilt in Arbeitnehmer, obwohl sie ja eigentlich ihre Arbeit geben, und solche, die Arbeit organisieren, also auch arbeiten, genannt Arbeitgeber. Zwar kenne ich nur meine eigenen betrieblichen Zahlen, die Ergebnisse meiner Millionen Nachbarn werden mir lediglich in Summen mitgeteilt, Beträge, die ich bei entsprechendem Surfen im Internet finden kann (siehe Quellenangaben). Mit den dort erhältlichen Daten habe ich versucht, sorgfältig wie ein ordentlicher Kaufmann einen **Haushalt für Deutschland** aufzustellen, dessen Ergebnis mir danach einen abgrundtiefen Schrecken einjagte. Wieder und wieder habe ich nachgerechnet, doch das Ergebnis blieb stets gleich. Ich suchte mir Hilfe, erntete dabei oft mildes Lächeln: Etliche Mitmenschen wussten längst Bescheid, andere waren diesbezüglich komplett ahnungslos. Die folgende Zusammenfassung soll Politikergeschwätz durchleuchten und gleichzeitig darstellen, dass es diese Berufsgruppe ungeheuer schwer hat, unseren Staat anders zu führen als bisher getan, denn unser Geldsystem war nie Gegenstand politisch-demokratischer Entscheidung, es ist in Deutschland auch nicht Gegenstand von Allgemeinbildung. Unser gegenwärtiges Geldsystem widerspricht grundlegenden Prinzipien unserer Verfassung, insbesondere dem Freiheitsrecht, dem Gleichheitsgrundsatz, dem Eigentumsrecht, der Sozialstaatlichkeit und dem Ziel gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Der Grundgesetzgeber hat das Geldsystem vorgefunden und nie problematisiert, und so befindet sich die wirtschaftliche Realität von 80 Millionen Deutschen **außerhalb der von der Verfassung vorgegebenen Grundrechte**.

Meine Arbeit will ich jedem vorlegen, der sie lesen möchte. Ich habe kein Copyright auf Abbildungen und Darstellungen. Jeder Bürger sollte diese Zusammenhänge kennen lernen. Deshalb habe ich beschlossen, meinen Rechenweg aufzuschreiben.

Langenhagen, im Mai 2005

Dieter Petschow

1.0 Material und Methode

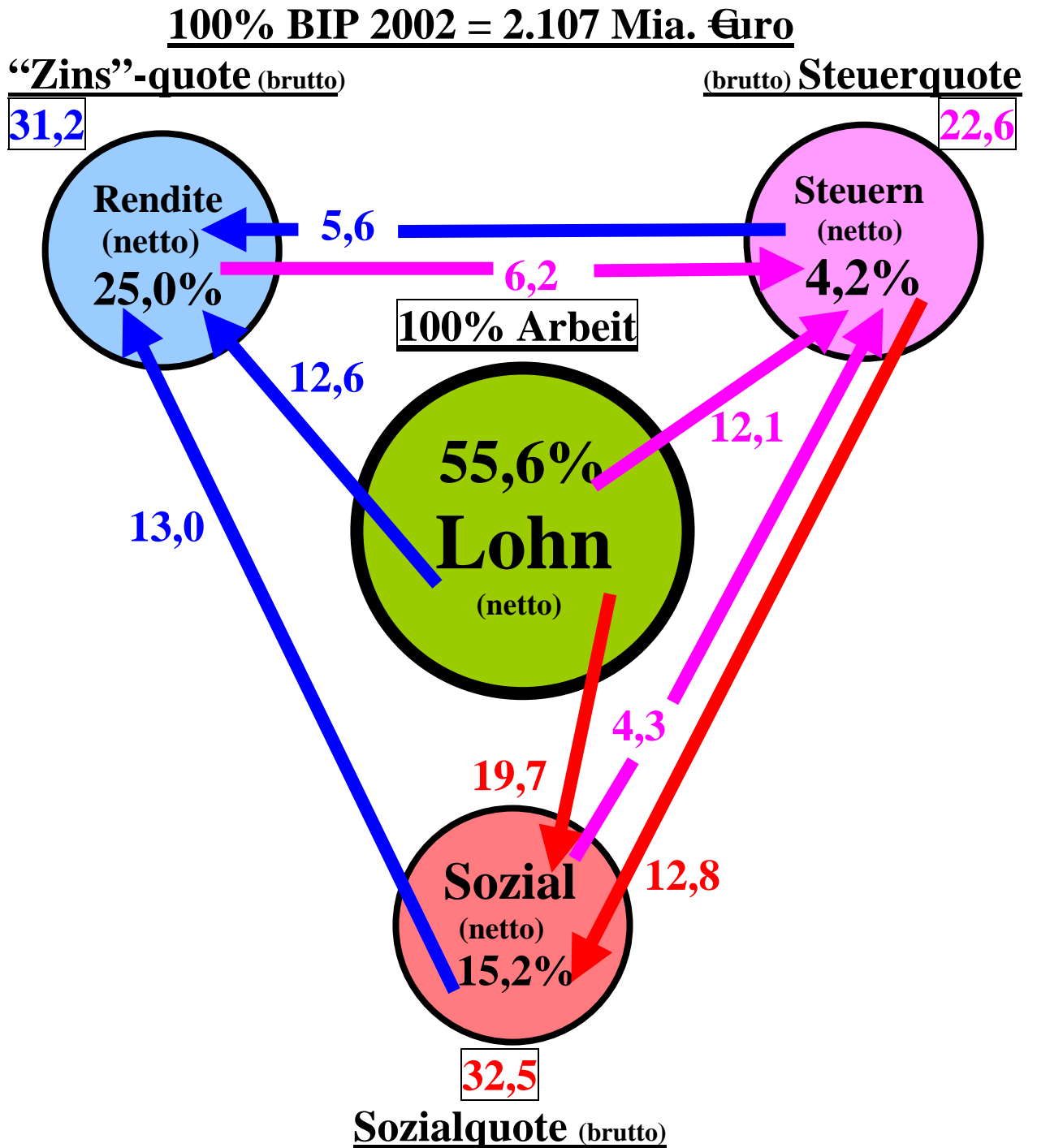
Nach dem Modell einer **Gewinnermittlung** durch Darstellung eines Einnahmeüberschusses werden vom Brutto-Inland-Produkt (BIP) als der Summe aller Erträge aus Arbeit und Vermögen abgezogen:

1. die Steuern für den Staat,
2. die Sozialabgaben für Bedürftige und Berechtigte,
3. der Kapitalertrag für die Eigentümer.

Unter dem Strich, also „per Saldo“, ermittelt sich so ein Anteil, der als Netto-Einkommen der Arbeit zuzuordnen ist. Für jeden unter diesen Bedingungen in Deutschland arbeitenden Menschen, egal, ob in leitender Position, beamtet, angestellt, freiberuflich, als Arbeiter oder sonst wie tätig, ergibt sich diese Dreigliederung der Abgaben vor Erhalt seines ihm zur Verfügung stehenden Lohnes. So kommt es zu der allen Bürgern bekannten **Kaufkraft** als **Gegenwert für geleistete Arbeit**. Diese persönliche und auch volkswirtschaftliche Größe ist nicht unmittelbar vergleichbar mit der offiziellen Netto-Lohn-Summe, beinhaltet diese doch die Zinsen privater Schuldverhältnisse (auch den kalkulierten Zinsanteil in privaten Mieten) sowie indirekte Steuern, andererseits sind alle arbeitenden Menschen mit ihrer gesamten verbleibenden Kaufkraft gemeint, sie wird von mir als **„effektiver Lohn“** der Arbeit errechnet.

Um in diesem Modell „Doppelbuchungen“ zu vermeiden, müssen die in den Wirtschaftsstatistiken angegebenen Brutto-Quoten der Steuer, der Sozialabgaben und des Kapitalertrages gegeneinander saldiert werden, um sie frei von Schnittmengen zu machen, denn die Brutto-Quoten haben untereinander Zahlungsverpflichtungen als Abgaben. So errechnen sich **Netto-Quoten**. Diese stellen die Kaufkraft der Segmente Staat, Soziales und Kapital dar, **per Saldo** auch des Segmentes Arbeit. (Berechnungsschema siehe Abb. 1) Diese vier Segmente werden Netto-Allokations-Quoten genannt. Die Hauptaufgabe des Geldwesens eines Staates ist die Verteilung von Arbeit und Ware auf einem freien Markt, geregelt durch die Rechtsordnung für den Erhalt von Geld über geleistete Arbeit – und auch ohne Arbeit als **Anrecht auf eine Abgabe**. Aus meiner Betriebsbuchführung mit seinem einfachen Programm weiß ich, dass Geld nie verschwindet, sondern: Wenn ich Geld ausbebe, nimmt es ein anderer Mensch ein. In der Betriebsbuchführung heißt dies schlicht: Konto versus Gegenkonto. Die Summe aller Ausgaben ist die Summe aller Einnahmen. Geld ist nie weg, sondern immer nur woanders. Wer Zinsen zahlt, hat einen Gläubiger. Wer Mieten zahlt, hat einen Vermieter. Wer Steuern zahlt, gibt Geld an Menschen, die für den Staat arbeiten. Wer Sozialabgaben zahlt, hat Berechtigte und Bedürftige als sein Gegenüber. So bilden alle Zahlungen irgendwo bei andern Menschen Einnahmen, und zwar nur bei lebenden Menschen, niemals

Abb.1: Berechnungs-Schema am Beispiel des Jahrganges 2002



Kapitalertrag zahlt Steuern, Steuern zahlen Kapitalertrag und Sozialbeiträge, diese zahlen Kapitalertrag und Steuern. Erst die Saldierung gegeneinander ergibt die Kaufkraft der einzelnen Quoten. Die daraus resultierenden Netto-Quoten werden vom BIP abgezogen und ergeben so „per Saldo“ den Netto-Ertrag aus Arbeit, den „effektiven Lohn“.

bei juristischen Personen – diese sind nur Verteiler! Allein mit Netto-Einnahmen können wir einkaufen gehen, Abzüge jeder Art sind Brutto-Einnahmen an einem anderen Ort, in diesem **Haushaltsmodell** für Deutschland bei jeweils anderen Brutto-Quoten.

2.0 Netto-Allokations-Quoten:

2.1 Netto-Steuer-Quote (Tab. 1):

Die Statistiken weisen eine jährliche **Steuerquote** aus. Diese besagt, wie viele Prozente vom vollen Arbeitsertrag BIP eines jeden Jahrganges der Bund, die Länder und die Gemeinden an Steuern einnehmen, direkt als Lohn-, Einkommens- oder Körperschafts-Steuer oder indirekt über Verbrauchssteuern in den Preisen. Die Summe ist die Brutto-Einnahme staatlicher Stellen. Tab. 1 zeigt in % BIP die Einnahme-Arten, daneben die Abgaben des Staates als Kapitaldienst und Sozialpflicht. Es bleibt die **Netto-Steuer-Quote** als Kaufkraft, die wir alle dem Staat über Abgaben zur Verfügung stellen. Im Jahre 1970 gab Deutschland 10,3% BIP Kaufkraft für den Staat, 2002 sind es nur noch 4,2% BIP.

Die BRD zahlte 2002 nicht mehr als 4- 5% BIP Steuern für den Staat.

(Der Kapitaldienst des Staates wird dem Kenner offizieller Statistiken als zu hoch erscheinen, liegt doch die ausgewiesene Zins-Steuer-Quote darunter. Hier wurde hinzuaddiert der Kapitalertragsanteil in den vom Staat am Arbeitsmarkt gezahlten Löhnen und Preisen. (siehe Abb. 2) Der in den Löhnen und Preisen des Staates enthaltene Steueranteil fällt an das Finanzamt zurück.)

2.2 Das Netto-Sozialbudget (Tab. 2):

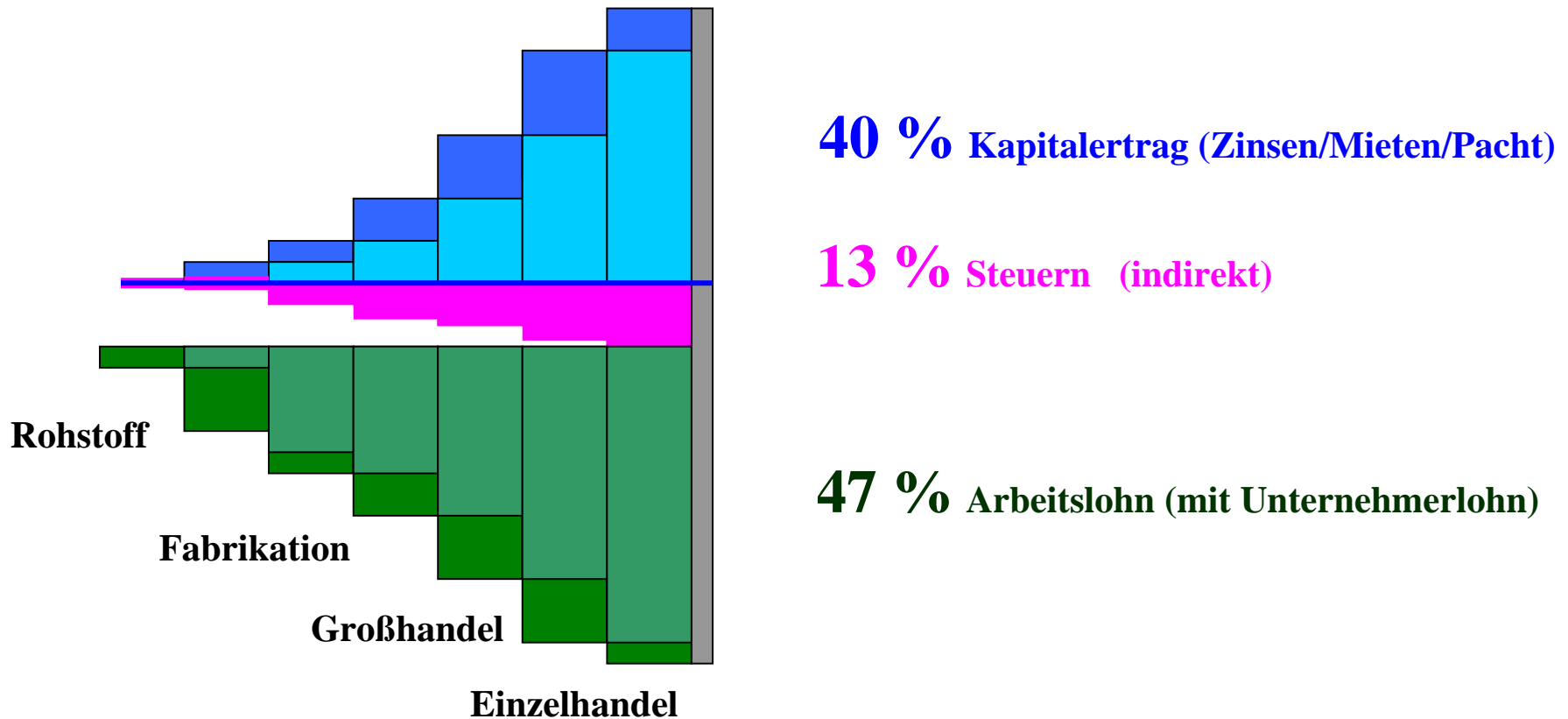
Die Sozialquote zeigt, wie viele Prozente des gesamten Arbeitsertrages BIP herangezogen werden zur Finanzierung unseres Sozialstaates. Diese Brutto-Sozialquote wird eingenommen aus Zahlungen der Arbeitgeber und –nehmer sowie aus Abgaben des Staates über Steuermittel. Daraus bekommen die Bezieher (Rentner, Pensionäre, Kranke, Alte, Arbeitslose, Kinder, Pflegebedürftige etc) ihren **Lebensunterhalt** – sie ersetzen ihnen **Endverbraucherpreise**. Diese beinhalten Abgaben an Staat und Kapital. Verbrauchssteuern und Renditen kumulieren in den Verbraucher-Preisen (siehe Abb. 2). Nach Abzug dieser beiden Abgabearten verbleibt als Kaufkraft das

Netto-Sozialbudget: 1960 17%, 1980 19.1%, in 2002 15.2 % vom BIP

für all jene, die sozial bedürftig sind. Alle darüber hinausgehenden Summen sind **Abgaben** des Sozialbudgets, in 2002 13% BIP = 270 Mrd. € an Kapitaleigner und 90 Mrd. €uro als Verbrauchssteuer an den Staat.

Abb. 2

Der Kunde ist König, aber auch Schuldner, Steuerzahler und Arbeitgeber.



Akkumulation der Kapital- und Arbeitskosten zuzüglich Steuern im

2002

Endverbraucherpreis

Jahr	Lohn- Steuer	Eink.- Steuer	Verbr.	Brutto- Steuer	Kapital- dienst	Social- pflicht	Netto- Steuer	BIP 100% Mrd. €uro
1960				23,0	1	11	11	151
1970	5,5	4,1	13,9	23,5	2,5	10,7	10,3	353
1980	7,7	3,6	13,2	24,5	4,2	11,6	8,7	766
1990	7,2	2,8	12,2	22,1	4,7	10,2	7,2	1.275
2000	8,7	2,3	13,6	24,6	6,3	12,2	6,1	2.030
2002	8,3	1,3	13,0	22,6	5,6	12,8	4,2	2.107

Tab. 1: Einnahme-Überschuss-Rechnung des Staates mit Abzug von Kapitaldienst und Sozialpflicht (in % BIP), per Saldo ergibt sich das Netto-Steuer-Budget.

Jahr	von Arbeit- geber	von Arbeit- nehmer	vom Staat	Brutto	an Staat	an Kapital	Anteil in Preisen	Netto	BIP 100% Mrd. €uro
1960	7,7	4,3	11	23	3	3	12%	17	151
1970	9,2	5,2	10,7	25,1	3,5	4	16%	17,6	352
1980	12,0	7,0	11,6	30,6	3,9	7,6	25%	19,1	766
1990	11,3	7,3	9,2	27,8	3,4	7,8	28%	16,1	1.275
2000	11,3	8,3	12,2	31,8	4,4	11,4	36%	16,0	2.030
2002	11,3	8,3	12,9	32,5	4,3	13,0	40%	15,2	2.107

Tab. 2: Einnahme-Überschuss-Rechnung des Sozialbudget in % BIP. Einnahmen kommen von Arbeitnehmern und –gebern sowie aus Steuermitteln, Verbrauchs-Steuern und Kapital-Ertragsanteil in den Preisen sind Abgaben, es bleibt per Saldo das Netto-Sozialbudget als Kaufkraft. (Bemerkenswert ist, dass der staatliche Zuschuss zunehmend vom Rendite-Anteil in den Preisen aufgebraucht wird.)

2.3 Netto-Kapitalertrag, auch Netto-„Zins“-Quote (Tab. 3):

Deutlich schwerer zu ermitteln war die **Zinsquote** (www.geldreform.net), synonym auch für Kapitalertragsanteil am BIP. Es wird von mir darin aufsummiert der Anteil des Arbeitsertrages, den wir für Verschuldung als Zinsanteile in Miete, Pacht, Endverbraucherpreisen etc. vom gemeinsam Erarbeiteten abzugeben haben an **Eigentümer von realem Besitz oder von Geldvermögen**. 1970 lagen allein die Bankzinserträge bei 8 % BIP, stiegen dann bis zum Jahre 2002 auf 20 % BIP (!) an (Deutsche Bundesbank, Zeitreihen). Neben diesen Erträgen aus Geldgeschäften gibt es noch Fremdnutzungsverträge mit Schuldschein-Charakter, die ebenfalls **Kapitalertrag** einbringen. Mieten, Pacht, Dividenden aus schuldenfreiem Realkapital sind solche Erträge, sie werden vorsichtig als noch einmal so hoch geschätzt, da eine Kapitalverwertung gerade aus Realbesitz deutlich höher liegt. Auch verschieben spekulative Geschäfte Ertrag aus Arbeit in Richtung Geldertrag ohne Arbeit. Die Wirtschafts-Statistiken unterscheiden bei der Verwendung des BIP zwischen Konsum und Investition, BIP minus Investitions-Quote wird als Volkseinkommen gezählt. Dieser Sachverhalt wurde hier berücksichtigt. Aus den unterschiedlichen Angaben habe ich zur Darstellung der grundsätzlichen Problematik für die Jahrgänge eine Zinsquote von **anfänglich 16 % (1970) bis heute 40 % (2002)** aller Konsumausgaben ermittelt, umgerechnet auf das BIP ergibt sich eine Kapitalertragsquote von 11,5 bzw. 31,2%. Die Brutto-Kapitalerträge lagen in dieser Größenordnung, es gibt aber auch Schätzungen darunter und darüber. Zur Darstellung der Problematik und ihrer verheerenden Wirkung reichen diese Mittelwerte aus, ebenso sind die betrachteten Teil-Kollektive unserer Bevölkerung ausreichend groß genug, sodass hier diese kalkulatorischen Größen anwendbar bleiben.

Tab. 3 zeigt die Einnahme-Überschuss-Rechnung des Kapitalertrages nach dem Schema aus Abb. 1. Vom Staat, vom Sozialbudget und aus der Arbeitswelt stammen Brutto-Einnahmen, in 2002 31,2% BIP oder 660 Mrd. €. An den Staat zurück gingen Steuern im gleichen Jahr von 6,2 % BIP oder 130 Mrd. €. Über die Jahrgänge errechnet sich der

Netto-Kapitalertrag 1960 5,1%, in 1980 12,2, in 2002 25,0 % vom BIP.

Tab 3 zeigt ferner, dass über **Sozialbudget und Staat** zusammen in 2002 18,6 % BIP entspr. 390 Mrd. € eingenommen werden, dies sind 60% aller Brutto-Kapitalerträge. Der Sozialstaat erscheint hier als Haupt-Einnahme-Quelle des Kapitalertrages.

2.4 „effektiver Lohn“ – die Netto-Arbeitsquote (Tab 4):

In den Abschnitten 2.1 bis 2.3 wurden jene Teil-Summen als Anteile des BIP durch gegenseitige Saldierung ermittelt, die jetzt – weil überschneidungsfrei – vom BIP = 100% abgezogen werden können. Als Ertragsanteil der Arbeit errechnet sich schlicht das, was jedes Jahr „**unter dem Strich übrigbleibt**“. Diese Kaufkraft steht in Deutschland allen arbeitenden Menschen zur Verfügung, um auf dem „freien Markt“ Waren und Dienste zu erwerben. Tab. 4 zeigt, dass die Kaufkraft der Arbeit als Anteil des gesamten Ertrages ständig absinkt, von 69% BIP in 1960 auf 55,6 % BIP in 2002. Die Allokationsfunktion des Geldes privilegiert bei wachsender Wirtschaft den Netto-Kapitalertrag zulasten von Staat, Sozialordnung und Arbeitswelt.

Weder für Kapitalertrag noch für Sozialbezüge muss wertschöpfend gearbeitet werden, über die Netto-Steuerquote bezahlt der Staat eigene Mitarbeiter oder die Preise seiner Aufträge. Daher wird der Netto-Ertrag des Staates der Arbeitswelt zugeschlagen. Der Anteil leistungslosen Einkommens im dargestellten Zeitraum steigt stetig von 22 % BIP auf 40,2 % BIP. Staat und Arbeit verlieren entsprechend von 78% BIP auf 59,8 % BIP. Die dargestellten Prozentsätze geben die Allokation der Kaufkraft wieder. In 2002 war 1% BIP 21,07 Mrd. Euro!

3.0 von der Investition zur Lohngestaltung.

Je höher das Investitions-Volumen einer Volkswirtschaft, desto höher ist auch das Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung. BIP geteilt durch Personenanzahl ergibt steigende Werte, solange die Wirtschaft wächst. Reichtum für alle wird vermutet. Über die interne Verteilung sagt dieser Durchschnitt gar nichts. Dazu ein Beispiel, das **Brutto-Zwillings-Produkt**, genannt BZP:

*Zwei Brüder arbeiten, jeder für 5.000 €, folglich ist das BZP 10.000 €. Das Werkzeug beider gehört einem allein, der andere zahlt Rendite, z.B. 2.000 €. Der Netto-Ertrag des einen ist 7.000 €, der des anderen 3.000 €, beide arbeiten gleichviel, ihr BZP ist 10.000 €. Das Eigentum des einen an den Produktionsmitteln des anderen führt bei gleicher Arbeit zu Umverteilung der Kaufkraft für beide. Dem BZP sieht man diese interne Verrechnung nicht an, sie ist eine Frage **sozialer Rechtsbeziehung** zwischen beiden. Sollte sich dieses (Vor)Recht des einen erhöhen, haben beide immer noch Arbeit, der eine mit zunehmender Kaufkraft, der andere schließlich ohne Erwerb von Tauschmitteln trotz Arbeit.*

„**Ohne Kunde kein Job**“ verkündet Peter Hartz (Job-Revolution, FAZ-Verlag, 2001, S.29). Endverbraucherpreise müssen vom Kunden bezahlt werden, sonst ist die Produktion von Gütern für den Markt ohne Absatz. Nur ein Kunde, der Kaufkraft mitbringt, ist Arbeit(slohn)geber. Aber weiß der Kunde auch, was er sonst noch bezahlt? In seinen Preisen kumulieren **Steuern** und alle **Renditen** der Wertschöpfungskette von der natürlichen Ressource bis zum Endprodukt. Der Kunde ist demnach nicht nur König, sondern auch Steuerzahler gegenüber dem Staat und Schuldner gegenüber allen Investoren. (Siehe Abb. 2) 80 Millionen Kunden in unserer Marktwirtschaft vermehren über ihren Einkauf die Einnahmen des Staates und die Rendite aller Investitionen. Kunden sind nicht nur Arbeitgeber, sie sind auch Schuldner und Steuerpflichtige. In jedem Euro Endverbraucher-Preis spiegelt sich die unter 1.0 genannte Dreiteilung aller Abgaben. Nach Abzug des Kapitalertrages, der Steuern und Sozialabgaben kalkuliert sich **im Endverbraucherpreis ein Job-Geber-Anteil**, der seit 40 Jahren ständig sinkt, weil der Kapitalertrags-Anteil ständig steigt. (Siehe Abb. 2) Jede Investition mit Rechtsanspruch auf Rendite schafft angeblich Arbeitsplätze, bedeutet aber auch eine Verschuldung der Volkswirtschaft, deren Effekt Kaufkraftschwund für die Arbeitenden bedeutet. Der Mehrwert der Arbeit wird verbucht bei denen, die dafür nicht (mehr) arbeiten. Die Höhe dieser Buchungsbeträge wird z. Zt. auf Weltmarkt-Niveau „frei“ ausgehandelt, und wehe, das Weltmarkt-Niveau wird nicht angeboten, dann nimmt „der Investor“ „sein Geld“ (?) und bringt es an den Ort höchster Rendite, er „wandert ab“ .

Hier ein Beispiel eines mittelständischen Betriebes:

*Fa. Axmacher GmbH & Co. KG hat sich eine Fabrikhalle gemietet und einen Kredit aufgenommen. Die Firma stellt etwas her, was wir im täglichen Leben dringend brauchen, sei es als End- oder als Zwischenprodukt. Fa. Axmacher zahlt Miete und Zinsen an Vermieter bzw. Bank und holt sich selbstverständlich diese Zahlungen über die Preise für ihre Produkte wieder herein. Wie sollte es auch anders sein? Der Kunde von Fa. Axmacher bezahlt demnach Zinsen und Mieten über die Preise der Produkte von Fa. Axmacher. **Alle Verbraucher zahlen alle betrieblichen Kapitalkosten aller produzierenden Firmen.***

Auch ein anderes Bild ist vielleicht hier erhellend:

*Wir hören viel von der sog. Pro-Kopf-Verschuldung der Bevölkerung. Demnach muss es auch eine „Pro-Kopf-Bezinsung“ geben. Tatsächlich kommen alle Menschen in einem Wirtschaftsraum für alle Kapitalertrags-Ansprüche über ihre Endverbraucherpreise auf. Ersetzt ein **Geldgeber**,*

Jahr	vom Staat	vom Sozialb.	von Arbeit	Brutto	an Staat	Steuerquote (OECD)	Netto	BIP 100% Mrd. €uro
1960	1	3	4,6	8,6	3,5	41%	5,1	151
1970	2,5	4,0	5,0	11,5	4,4	38%	7,1	353
1980	4,2	6,7	8,1	19,0	6,8	36%	12,2	766
1990	4,7	7,8	9,1	21,6	6,0	28%	15,6	1.275
2000	6,3	11,4	9,0	26,7	5,4	20%	21,3	2.030
2002	5,6	13,0	12,6	31,2	6,2	20%	25,0	2.107

Tab. 3: Einnahme-Überschuss-Rechnung für Kapitalertrag (in % BIP), aufgeteilt nach Einnahme-Arten (aus Steuer, aus Sozialbudget und aus Arbeitswelt, saldiert gegen Kapitalertragssteuer. Sozialabgaben finden nicht statt.

Jahr	Steuer quote	Sozial budget	„Staats quote“	Kapital- ertrag	Arbeit	BIP 100% Mrd. €uro nominal	für Arbeit Arbeit+ Staat	ohne Arbeit Sozialbud.+ Kap.Ertrag
1960	11	17	26	5	67	151	78	22
1970	10,3	17,6	27,9	7,1	65	353	75,3	24,7
1980	8,7	19,1	28,7	12,2	59	766	67,8	32,2
1990	7,2	16,1	24,3	15,6	61,1	1.275	68,3	31,7
2000	6,1	16,0	22,1	21,7	56,2	2.030	62,3	37,7
2002	4,2	15,2	19,4	25,0	55,6	2.107	59,8	40,2

Tab. 4: Saldierte Netto-Allokations-Quoten aus Tab. 1 – 3 in % BIP, aufgeteilt auf Steuern, Sozialkosten, Kapitalertrag und Arbeitslohn. Die „Netto-Staats-Quote“ sinkt, die Arbeit bekommt anteilig immer weniger, Kapitalertrag explodiert.

Jahr	Sozial- Brutto	vom Staat	- an Staat	= Netto vom Staat	- an Kapital via Preise	= Saldo	Sozialb. Netto	BIP 100% Mrd. €uro
1960	23	11	3	8	3	5	17	151
1970	25,1	10,7	3,5	7,2	4,0	3,2	17,6	353
1980	30,6	11,6	3,9	7,7	7,6	0,1	19,1	766
1990	27,8	9,2	3,4	5,8	7,8	-2,0	16,1	1.275
2000	31,8	12,2	4,4	7,8	11,4	-2,6	16,0	2.030
2002	32,5	12,8	4,3	8,5	13,0	-4,5	15,2	2.107

Tab. 5: Zuschuss des Staates an das Sozialbudget, saldiert über Steuer-Rückforderungen und Kapitalertrags-Anspruch in den Preisen. Staatlicher Netto-Zuschuss überstieg bis 1980 den Kapitalanspruch, ab 1980 kompensiert der Staat den „Zins“-Anteil in den Preisen, sozial Bedürftige zahlen darüber hinaus Steuern – 2002 95 Mrd. €
Das **Brutto-Sozialbudget** alimentiert **Kapital** und **Staat** im Jahr 2002 mit 360 Mrd. €

auch ein Unternehmer, einem **Schuldner** seine Lebenshaltungskosten, so muss er ihm dreierlei Geld zukommen lassen: 1. seine **Schuld-Zinsen** und 2. seine **Steuern** und 3. seinen unmittelbaren **Netto-Lebensunterhalt**. So enthalten Netto-Löhne und Sozialzahlungen neben indirekten Steuern für den Staat auch alle anteiligen **Kapitalerträge der Eigentümer**. Alle 80 Mio. Deutschen sind z.Zt. mit 6.500 Mrd. € verschuldet, das sind 310% BIP. Bei einer Real-Rendite auf Weltmarkt-Niveau von heute ca. 10% sind dies 31% BIP = 650 Mrd. € Brutto Kapitalertrag, aufzubringen von allen Menschen, die es nicht lassen können einzukaufen, z. Zt. jährlich pro Kopf 8.125 € in den Endverbraucherpreisen. Ein neugeborenes Kind bekommt auf diese Weise einen unsichtbaren Schuldschein von 80.000 € in seine Wiege gelegt – eine vierköpfige Familie bedient einen Kapitalertragsanspruch aus 320.000 € Investition. Wer soll da noch eine Familie bezahlen?

4.0 soziale Bedürftigkeit – ein Bombengeschäft (Tab. 5):

Rentner, Kranke, Arbeitslose, Pflegebedürftige, Kinder – alle sind Kunden, sie gehen einkaufen. Ihre Einkünfte sind Brutto-Einnahmen, ihre Kaufkraft errechnet sich erst nach Abzug von Steueranteilen und Kapitalertrag – folglich haben heute alle sozial Bedürftigen Abzüge deutlich über 50%! Der Kapitalertrag als Abgabe aus dem Sozialbudget kalkuliert sich in 2002 auf 270 Mrd. € Hohe Sozialabgaben seien das Problem der Arbeitswelt, heißt es, von Kapitalabgaben aus Sozialbezügen ist in der Republik nur auf Investoren-Tagungen zu hören. Jetzt verstehe ich die Kernaussage eines bekannten Bankers bei der Veranstaltung **Health 2002** in Berlin, dass soziale Bedürftigkeit ein nicht vom Markt zu nehmender Nachfrage-Gigant sei, was jeden Investor hellhörig machen sollte. Zu deutsch: Leute kauft Krankenhäuser, baut Altenheime, privatisiert die öffentliche Daseinsfürsorge, denn die **Rendite** wird euch im Zweifelfall **von der Sozialkasse** überwiesen, und sei es auch in Form eines **Zuschusses aus Steuermitteln**.

5.0 der (Sozial)-Staat, Garant für Kapitalertrag (Tab. 5):

Staatliche Stellen als juristische Personen sind selbst hochverschuldet, die Staatsverschuldung ist im Bewusstsein vieler Bürger. Der (Sozial)-Staat garantierte scheinbar über seine Zuschüsse aus Steuermitteln den Lebensunterhalt sozial Berechtigter, tatsächlich enthält dieser Zuschuss jenen Anteil, den diese Personengruppe als Schuldner an Investoren abzugeben hat. Darüber hinaus verlangt der Staat Zahlung von Verbrauchssteuern. Einen staatlichen Zuschuss aus Steuermitteln gibt es per Saldo schon seit 1980 nicht mehr, dieser wird heute komplett an Investoren weitergereicht. Ohne die 90 Mrd. € Steuern aus dem Brutto-

Sozialbudget sähe die Rechnung der Finanzminister und Kämmerer noch düsterer aus. Derartige Kurzschlüsse werden durch die Bilanzierung, wie sie hiermit vorgelegt wird, offensichtlich. Die Arbeitspolitik der „sozialen Marktwirtschaft“ wird demnach nicht nur von **Staats-Verschuldung** belastet, sondern darüber hinaus auch von der mehr als doppelt so hohen **Sozial-Verschuldung**, ferner über Endverbraucherpreise der Tätigen als **Arbeits-Verschuldung**. Mit dieser Erkenntnis habe ich mich gefragt, warum ich eigentlich noch aus dem Ertrag meiner Firma Steuern zahle. Diese Umverteilungsmaschinerie von unten nach oben hat in mir schieres Entsetzen ausgelöst. In welchem Staat lebe ich eigentlich? Ca. 80% aller Steuern, das sind z.Zt. 390 Mrd. € werden über Finanzämter, Rentenversicherung und Krankenkassen, über Sozialämter und die Agentur für Arbeit, über die Kindergeldkasse und die Pflegeversicherung als Rendite über Endverbraucherpreise an Kapitalleigner weitergeleitet. Die restlichen Steuereinnahmen kommen sogar noch von sozial Bedürftigen. Wenn das keine Staats- und Sozialkrise ist. **Das Gemeinwesen als Instrument zur Sicherung des Kapitalertrags,** so habe ich bislang den Staat nicht gesehen. Unter diesen Bedingungen kann jeder Bürger die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland getrost beiseite legen. Verweigerung von Steuerzahlung hat aber ohne ein deutsches Gericht sofortige Kontopfändung zu Folge – das nenne ich Staatsgewalt, die sicher nicht vom Volke ausgeht und der jegliche Legitimation über das Grundgesetz fehlt. Das Geldsystem hebt die Demokratie aus!

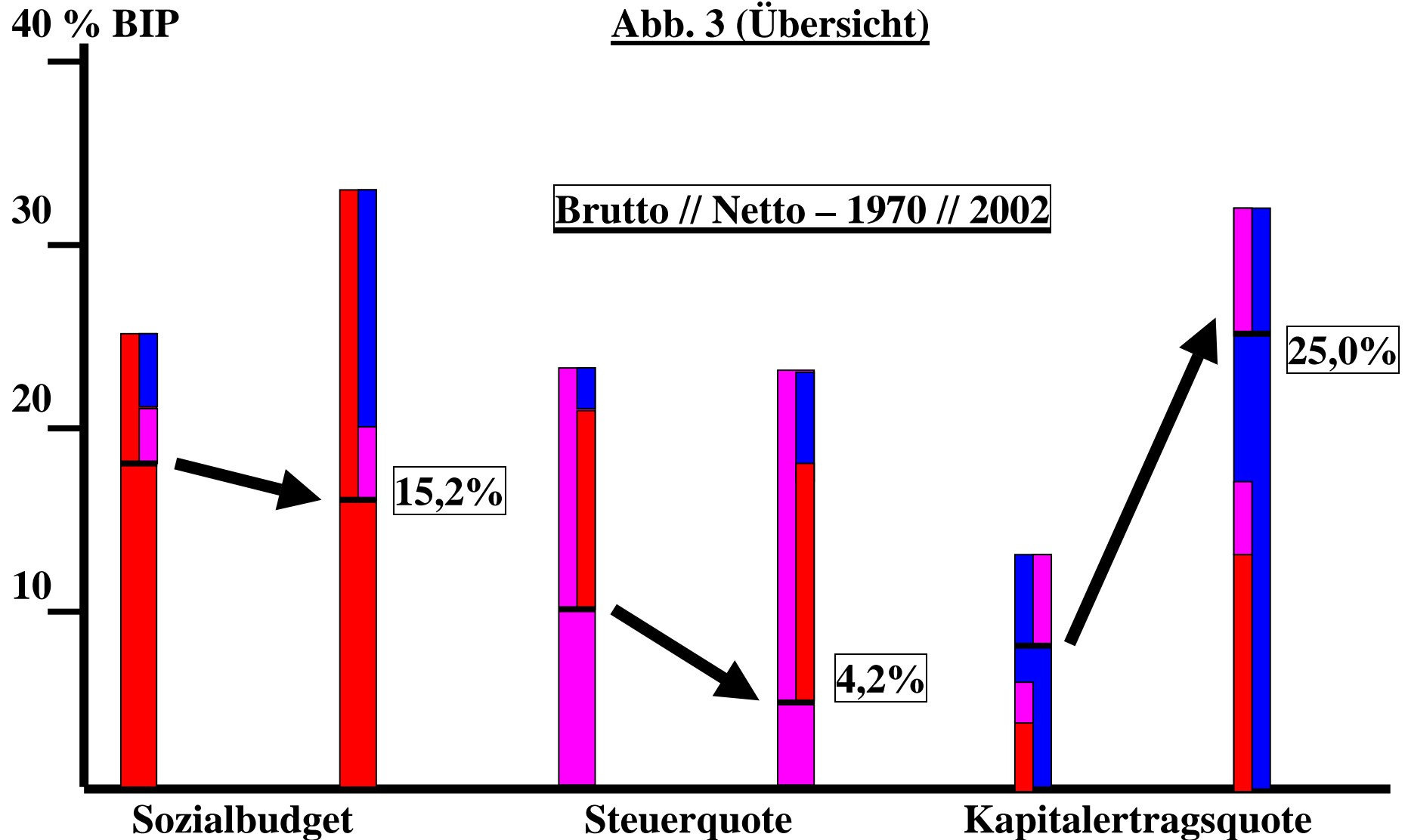
6.0 industria – oder was bleibt den Fleißigen? (Abb. 3 – 7):

Nur Menschen können arbeiten, Realwirtschaft ist das Ergebnis. Geld kann nur messen, nicht arbeiten. Geld kann Recht setzen, weil es Macht hat, und damit die Allokation einer Wirtschaft steuern. Die Marktordnung ist die Grundlage der Verteilung in einer Marktwirtschaft. Keine Ordnung ist auch eine, sie stellt sich nach Machtlage ein, nicht nach Marktlage. Hat der Staat keine Macht, hat er auch keine ordnende Funktion – diese übernimmt „der freie Markt“. Wie sich unter diesen Bedingungen die Allokationsfunktion des Geldwesens entwickelte, zeigen die Abb. 3 bis 6.

7.0 ein halbes Jahrhundert Buchführung

7.1 Brutto und Netto unterscheiden sich erheblich, bei Steuer-, Zins- und Sozialquote analog. Diese kaufmännische Binsenweisheit gilt für einen einzelnen Menschen, eine Familie, jedes Kollektiv, ja auch für die „Firma“ Bundesrepublik Deutschland, selbst für die ganze Erde. Mikroökonomisch (betriebswirtschaftlich) führt eine solche Entwicklung in **Insolvenzen**, makroökonomisch (volkswirtschaftlich) in die **Zerstörung**

Abb. 3 (Übersicht)



Per Saldo - Dr. D. Petschow

**Überblick: Das Sozialbudget, bereinigt von Kapitaldienst und Steuerpflicht, sinkt über 30 Jahre sogar ab !
Die Steuerquote, bereinigt von Kapitaldienst und Sozialpflicht, wird mehr als halbiert
Der Kapitalertrag bekommt aus Sozialbudget und Steuern weitaus mehr, als an Steuern zurückfließen.**

Quelle: BMfA, Bundesbank, eigene Berechnungen

Dr. Dieter Petschow dr.pet.prax@t-online.de

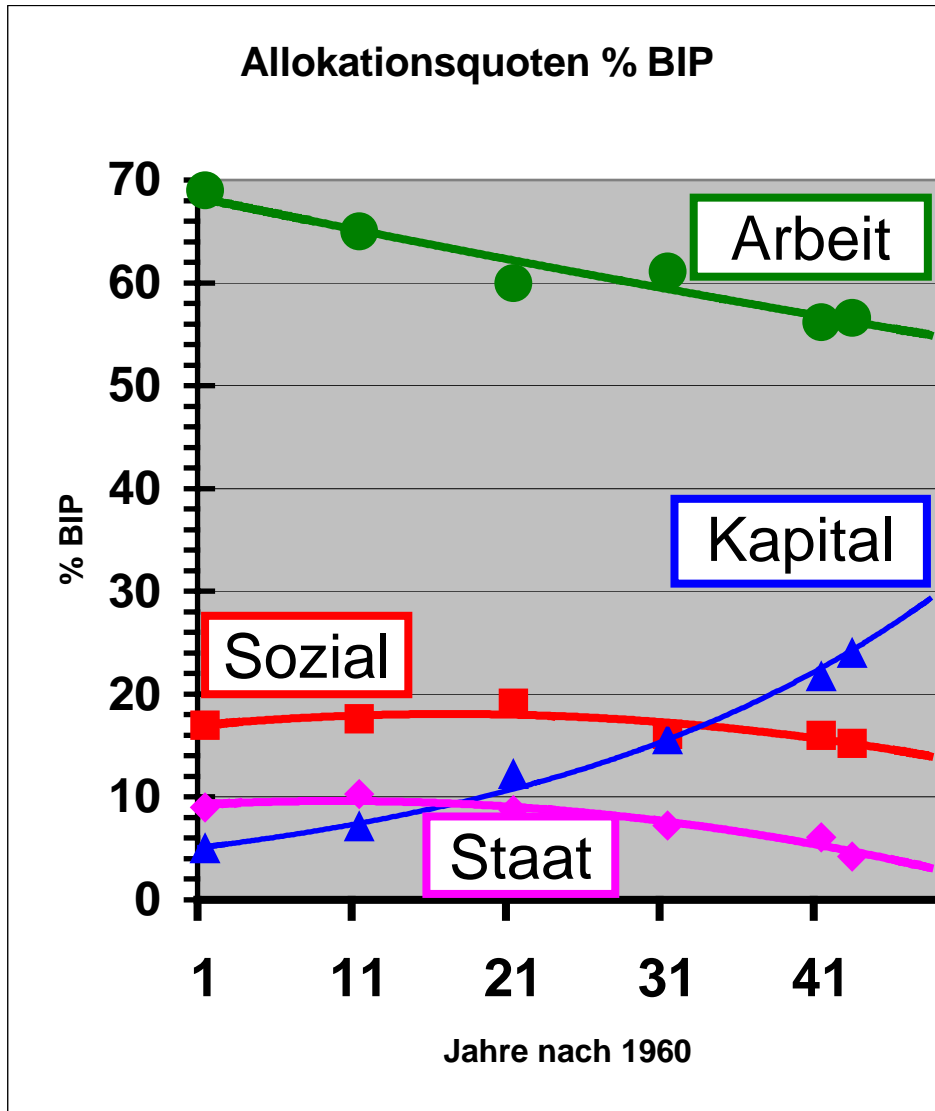


Abb. 4: Entwicklung der Netto-Allokations-Quoten von 1960 bis 2002. Zuletzt erhält der **Staat 5%** des Ertrages, **25%** geht an das **Eigentum** zulasten von Arbeit und Sozialordnung.

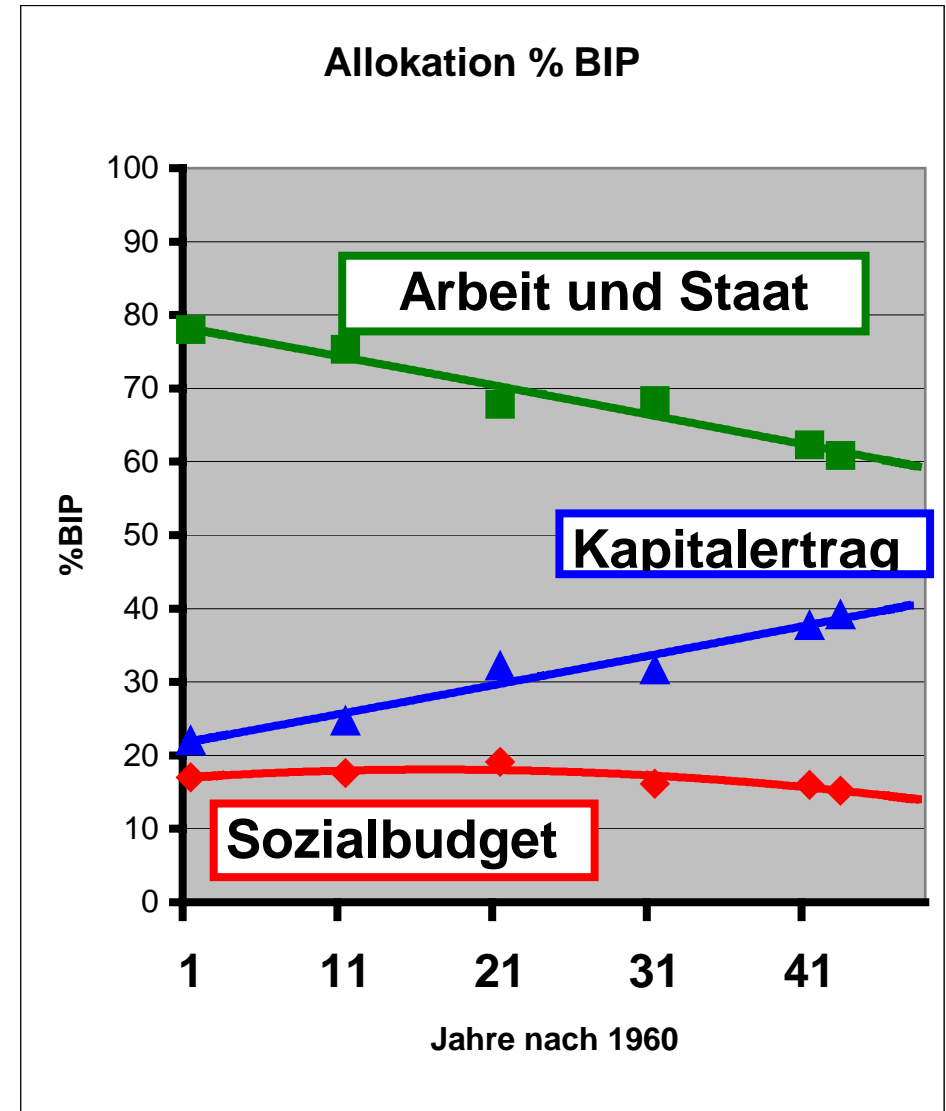


Abb. 5: Die Verteilung der anteiligen Kaufkraft für **Arbeit und Staat** im Vergleich zum leistungslosen Einkommen aus **Sozialbudget** und **Kapitalertrag**.

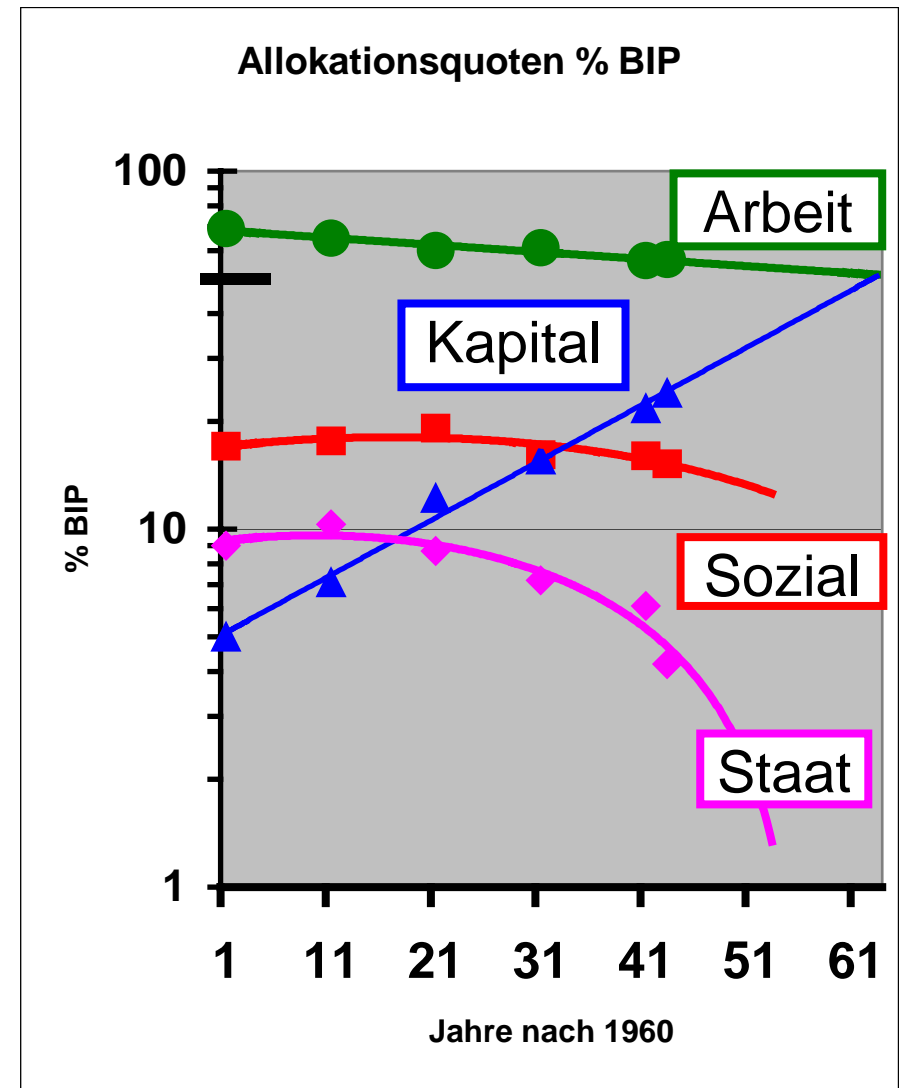
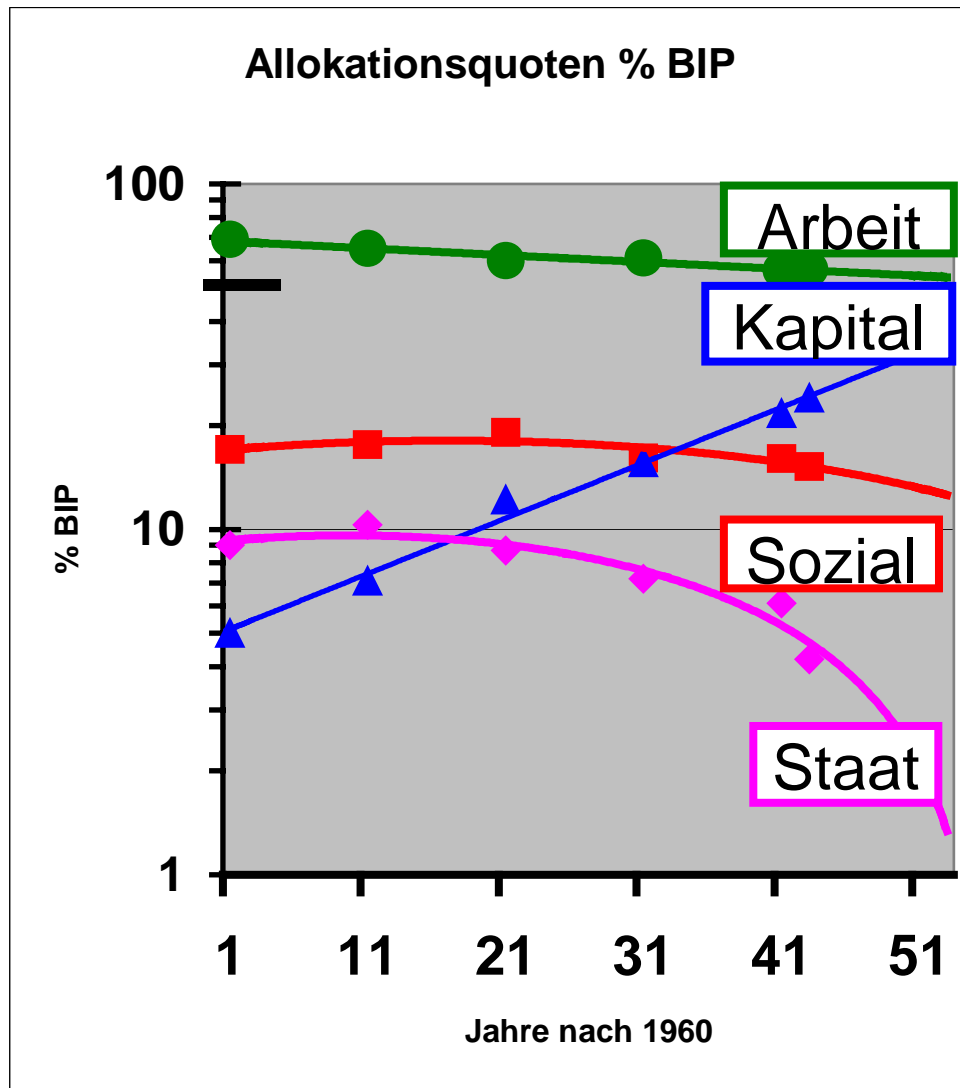


Abb. 6: Die Entwicklung der Allokations-Quoten in logarithmischem Maßstab zeigt den exponentiell wachsenden Kapital-ertrags-Anteil zulasten von Arbeit, Sozialordnung und Staat.

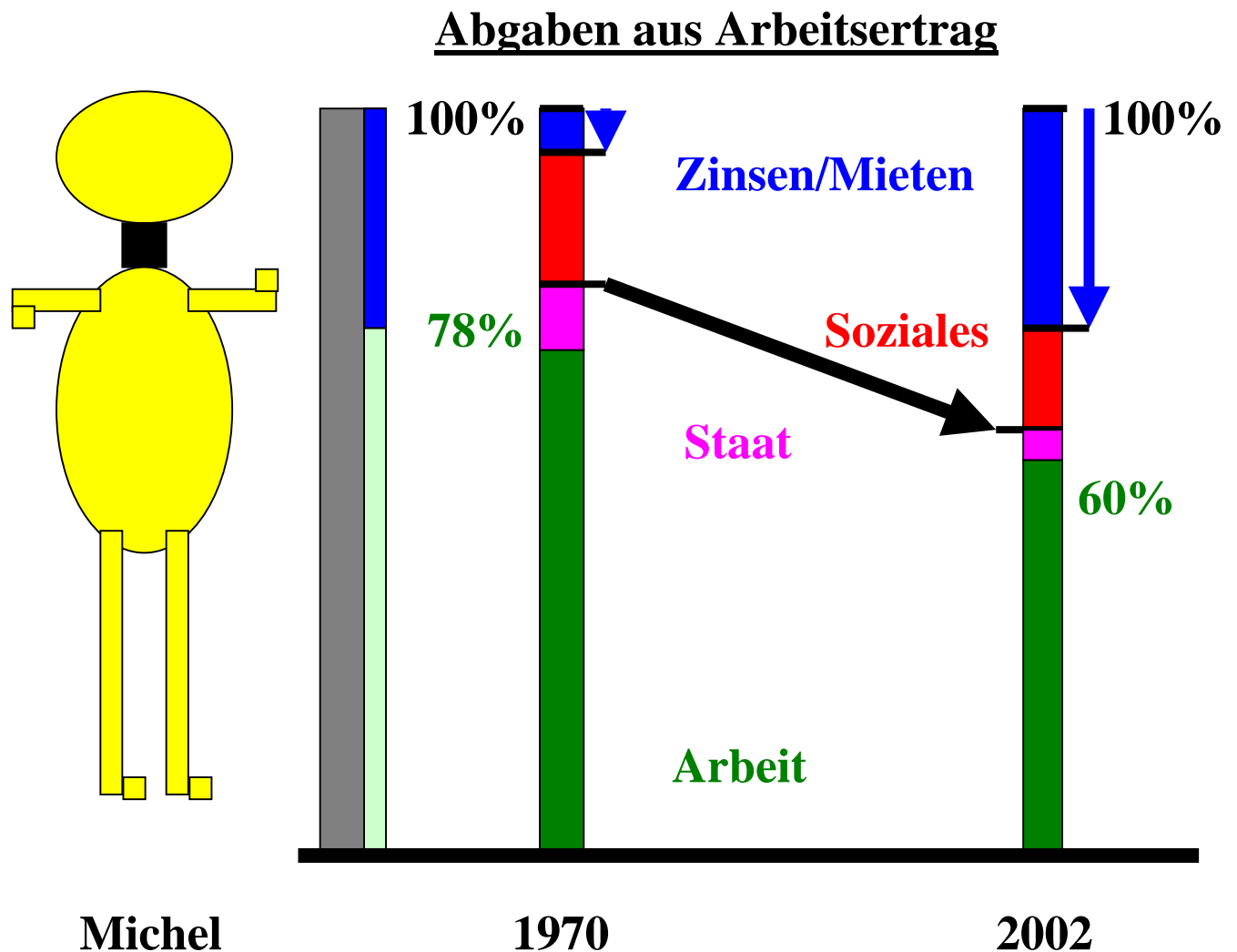
Abb.7: Extrapolation von Kapitalertrag gegen „effektiven Lohn“ bis zum Jahr 2020. Kapitalertrag 50%? Kaufkraft für sozial Bedürftige? Wem gehört der Staat?

jeder Sozialordnung. Abb. 3 zeigt den Vergleich der Abgabe-Quoten Brutto gegen Netto für die Jahrgänge 1970 und 2002. Der Kapitalertrag bekommt aus Staat und Sozialordnung z. Zt. 60% seiner Brutto-Einnahmen.

Die **Nettoverteilung des Brutto-Inland-Produkts** in einem halben Jahrhundert deutscher Wirtschaftspolitik zeigt Abb. 4. 100% BIP sind Jahrgang für Jahrgang das Brutto-„Gehalt“ der deutschen Wirtschaft. Abb. 4 zeigt den Verlauf der volkswirtschaftlichen Abzüge. Anteilig nehmen Ertrag für den Staat, Sozialbudget und Arbeitslohn kontinuierlich ab, Netto-Kapitalertrag nimmt zu! Dabei übersteigt die Rendite Mitte der 70-er Jahre die Netto-Einnahmen des Staates und erreicht um 1990 die Höhe des Sozialbudgets. Die steigende Kurve des Kapitalertrages und die fallende des „effektiven“ Lohnes werden sich in naher Zukunft treffen. Abb. 5 stellt das leistungslose Einkommen (Kapitalertrag plus Sozialbudget) dem Einkommen für Arbeit (Arbeit und Staat) gegenüber. Der Verlauf spricht für sich. Die Polarisierung ist offensichtlich, hier Arbeit mit abnehmender Kaufkraft, dort Explosion der Kaufkraft ohne Arbeit bei Versiegen effektiver Sozial-Leistung. Abb. 6 zeigt Abb. 4 in logarithmischer Darstellung. Die Entwicklung des Anteils aus Kapitalertrag liegt so auf einer kontinuierlich ansteigenden Geraden, was bedeutet, dass er **exponentiell** wächst. Es liegt ein Zinses-Zins-Effekt vor, dessen fehlende Steuerung Staat, Arbeits- und Sozialordnung zerstört. Abb. 7 extrapoliert rechnerisch diese Gerade. Im Jahre 2020 haben Staat und Sozialordnung keine Netto-Einnahmen mehr, es gibt nur noch Arbeitslohn und Kapitalertrag je zur Hälfte. Auf dem Wege dorthin lässt sich staatliche und soziale Ordnung nicht mehr finanzieren. Die Kaufkraft dieser beiden Quoten läuft gegen Null. Staat ohne Marktmacht in einer sog. Marktwirtschaft? Damit werden alle **Grundrechte der Bürger** auf staatliche Ordnung zunichte.

Leistung ist Arbeit pro Zeit, BIP ist Arbeit(ertrag) pro Jahr, also ein Maß von Leistung in der Maßeinheit Geld pro Zeit. Die Jahres-Arbeitsleistung wird aufgeteilt über die Allokationsfunktion des Geldes. Während Kapitalertrag und Sozial-Leistungen für Berechtigte zeit-unabhängige Einnahmen sind, steckt in ihnen die Arbeitszeit der Schaffenden, denn nur Menschen haben Zeit. „Zeit ist Geld“ – so ein Sprichwort. Exponentiell steigender Kapitalertrags-Anteil ist Zugriff auf die Zeit anderer, während man selbst seine Zeit mit dem Erhalt dieser pathologischen Strukturen verbringen kann, oder eben „Freizeit“ hat.

Abb. 8: der „deutsche Michel“ auf Arbeitsplatz-Suche:



Dr. Dieter Petschow, 30855 Langenhagen, Am Kielenkamp 35
Mitglied bei www.cgw.de, www.inwo.de, www.kairoseuropa.de, www.attac.org.

Kapitalertrag war mit 25,0 % BIP die höchste Belastung der Wirtschaft noch vor dem Sozialbudget mit 15,2 % BIP und den Steuern für den Staat von 4,2% BIP.

Abb. 8 zeigt den „deutschen Michel“ auf der Suche nach einem Arbeitsplatz. Diesen bekommt er nur, wenn er die Abgaben erarbeitet. Keineswegs sind die sog. Lohn-Nebenkosten (Steuern und Sozialabgaben) zu hoch, sie machen heute maximal 20% BIP aus, weitaus höher drückt die Abgabenlast des Netto-Kapitalertrages von zusätzlich 25% entspr. 525 Mrd. €. Es braucht Zeit, derartige Beträge für andere Menschen zu erarbeiten. Ein Feudalsystem völlig neuer Prägung tut sich hier auf, die **Diktatur des Kapitals**.

7.2 Was bleibt vom Sozialstaat?

Abb. 9 zeigt das Sozialbudget 1970 und 2002, aufgeteilt in seine Untergruppen. Die Relationen des Aufwandes zur Altenversorgung, der Gesundheitskosten, des Arbeitslosen-Geldes und der Familienfürsorge sind in % BIP aufgetragen. Arbeitgeber und -nehmer sowie Steuerbudget finanzieren den Aufwand, Kapitalertrag und Verbrauchs-Steuer mindern den Netto-Ertrag, also die Kaufkraft.

Die Proportionen des Abzuges für das ganze Sozialbudget sind auch für die einzelnen Sparten anwendbar, die ihrerseits am Gesamt-Rendite-Anspruch über die Endverbraucher-Preise ihren Anteil haben.

19,7% BIP Beitrag der Arbeitswelt, eingesammelt über 41% Abzüge der **Sozial-Brutto-Arbeitslöhne**, lassen leicht nachrechnen, dass die sozialversicherungspflichtige Lohnsumme bei $19,7/41 =$ bei 48% BIP liegt. Mehr als 1.100 Mrd. € wirtschaftlicher Ertrag sind mittlerweile sozialversicherungsfrei. Kapitalertrag senkt Arbeitsertrag, Arbeitsertrag **allein** zahlt Sozialversicherungen, der Staat hilft nicht (!), bekommt sogar Steuern per Saldo von sozial Bedürftigen zurück. (Tab.5 und Abb.9).

Das Märchen von der Kostenexplosion – es ist schon etwas dran. Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) bekommt seit 1975 konstant 6% BIP als Brutto-Einnahme. Bei der Ausgabe ersetzt sie Endverbraucherpreise. Als Arbeitslohn verbleibt nach Abzug des Kapitalertrags in 2002 (52 Mrd. €) und der Steuern (17 Mrd. €) zur Bezahlung der Versorgung ein stetig sinkender Anteil von zuletzt 2,8 % BIP gegenüber 4,4 % BIP in 1975. Seit dieser Zeit hat sich aber die Zahl der Beschäftigten im Gesundheitssystem von 2,0 auf 4,2 Mio. Arbeitnehmer erhöht. Dementsprechend ist die reale Bezahlung aller für das Gesundheitswesen Tätigen auf dem Kaufkraft-Niveau von 1975 stehen geblieben, die Kostenexplosion führte zur Einnahme-Schwemme allein beim Kapitalertrag. Krankenkassen-Gelder für Ertrag ohne Arbeit, fehlende Entlohnung der im Gesundheits-System arbeitenden Menschen mit gleichzeitigem Personalmangel – welch ein Zynismus!. Auch der

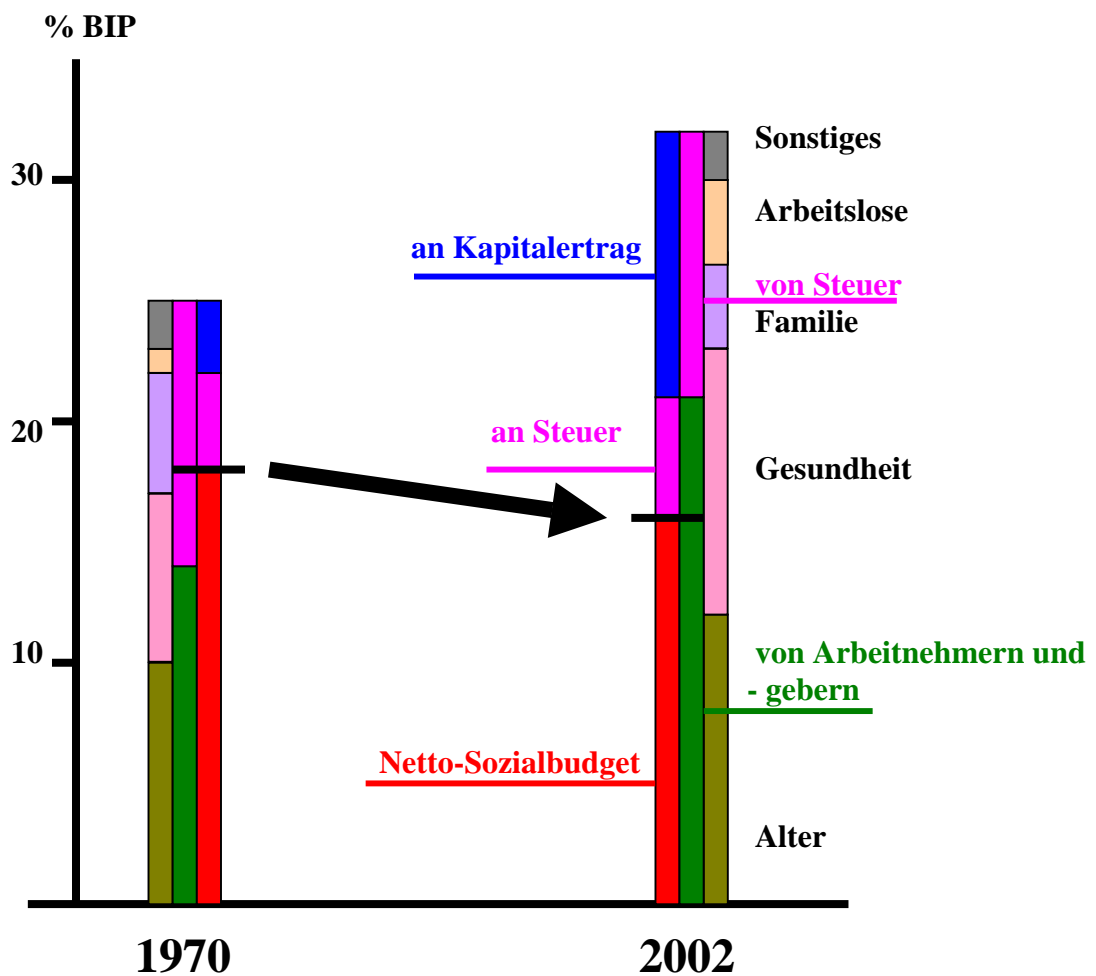


Abb. 9: Das anteilige Wachstum des Sozialbudget der BRD wird durch Kapitalertrags-Abgaben der Endverbraucher-Preise zusammen mit Verbrauchs-Steuern in seiner Kaufkraft unter das Niveau von 1970 gedrückt. Der Kapitalertrag nur aus dem Sozialbudget (2002 = 270 Mrd. €) ist das Mehrfache aller Arbeitslosen-Gelder!

Import von Billig-Lohn-Mitarbeitern neben Waren aus Billig-Lohn-Ländern hat diesen Sachverhalt nicht korrigiert. Die Industrialisierung des Gesundheits-Systems mit Erhöhung der Lohnstückzahl stößt in diesen Tagen an ihre natürliche Grenze. „**Operiert Euch doch selber!**“ – so protestieren heute Ärzte und Pflegepersonal, ohne zu ahnen, warum Arbeit so gering bezahlt wird, obwohl alles so teuer ist.

Eine analoge Betrachtung ist für die Rentenversicherung möglich. Auch hier werden Endverbraucherpreise ersetzt. Neben einem sog. „demographischen Faktor“ haben wir ein **rendito-graphisches Problem** aller Solidarkassen. Rendite wächst schnell, und mit ihr soziale Not!

8.0 Die Wirtschaft muss wachsen! Wirklich?

Gemessen in Kaufkraft ist unsere Wirtschaft in den letzten 40 Jahren real um den Faktor 3 gewachsen. Tab. 6 zeigt die Allokations-Quoten der Jahrgänge in realen % des Jahres 1970 = 100%. Das reale Wachstum ist linear von 66% für 1960 bis 206% in 2002 angestiegen.

Die Kaufkraft des Staates ist trotz Wirtschaftswachstums auf dem Niveau von 1970 stehen geblieben (Faktor 1,0). Dazugeliehene Kaufkraft erhöhte den Kapitalertrag über stete **Neuverschuldung**. Das Sozialbudget hat sich real verdreifacht, wuchs also mit, obwohl der Bevölkerungsanteil der Berechtigten dramatisch zugenommen hat. Der effektive Lohn stieg um den Faktor 2,5, blieb also unterproportional. **Netto-Kapital-Erträge haben sich um den Faktor 15 (!) erhöht.** Zweifelsohne muss Staat und Arbeitswelt gegenüber privaten Privilegien dieser Art kapitulieren. „Die Privatwirtschaft kann alles besser“ – unter diesen geldrechtlichen Bedingungen eine zweifelsfrei wahre Aussage. Die Allokation von Netto-Einnahmen nach diesen Regeln lässt als staatliche Leistung nur noch den „Verkauf von Tafelsilber“ sowie neue Kredite zu, die Arbeit begnügt sich derweil mit sinkender Kaufkraft, versorgt daneben noch alle sozial Berechtigten.

„Wir brauchen Investitionen“, diese Aussage ist richtig und falsch zugleich. **Richtig**, denn sonst macht der Eigentümer von seiner Zugriffsmacht auf staatliches Zahlungsmittel Gebrauch, trägt es außer Landes und der hiesigen Wirtschaft fehlen die Tauschmittel – Deflation wäre die Folge. **Falsch**, denn jede weitere Investition mit ihrem Anspruch auf Kapitalertrag ist volkswirtschaftlich eine zusätzliche Überschuldung, deren Rendite leistungslos abgeschöpft wird, da ihr im „freien Markt“ keine staatlichen Grenzen gesetzt werden. So steigt der Kapitalertrag und **frisst** – besser: erwirbt schließlich mehr als jedes Wirtschaftswachstum zusätzlich erarbeiten kann – Raubtier? ... Heuschrecke?

saldierte Allokationsquoten (real) in % BIP von 1970 = 100%								
Jahr	Steuer- quote	Sozial- budget	Kapital- ertrag	Arbeit	Wachstum	Arbeit + Staat	Soz.-B. + Kap.-E.	Kap.-E. %
1960	6,0	11,2	3,3	45,5	66 %	51,5	14,5	22,7
1970	10,3	17,6	7,1	65	100 %	75,3	24,7	28,7
1980	10,1	25,4	16,2	78,5	133 %	88,6	41,6	40,0
1990	12,0	26,7	25,9	101,8	166 %	113,8	52,6	49,2
2000	12,2	32,0	43,4	112,4	200 %	124,6	75,4	57,6
2002	9,1	31,3	51,5	114,5	206 %	132,7	82,8	62,2

Tab. 6: Bei linearem Real-Wachstum des BIP bleibt die **reale Kaufkraft des Staates** auf dem Niveau von 1970 stehen, während sich die **reale Kaufkraft über Kapitalertrag** um den Faktor 15 vervielfacht hat und heute die des Staates fünfmal übersteigt. Auf diesem Wege ließ sich **Staat** und **Sozialordnung** durch Privatisierung ohne Gegenleistung aufkaufen. Die Notwendigkeit der Fremdnutzung erbringt **steigende Rendite**.

Zieht man von dieser linear wachsenden Gesamtkaufkraft den exponentiell ansteigenden Netto-Kapitalertrag ab, so bekommt man mit mathematischer Genauigkeit die Ballistik-Kurve eines Geschosses. Dieses steigt anfänglich hoch (zeigt Wachstum), erreicht seinen Zenit und stürzt dann „dem großen Attraktor folgend“ auf den Boden der Tatsachen. Jedes System auf hohem Niveau, dem man zunehmend Energie (Kaufkraft) entzieht, stürzt ab – auch die reale Wirtschaft. (siehe dazu Abb. 10 und 11 sowie Anhang Wirtschaftsmathematik)

8.1 Cui bono? – wem nützt es?

Jeder Betriebswirt kennt eine sog. Grenznutzen-Analyse vor der Investitions-Erweiterung, die möglicherweise den Firmenertrag sogar schmälert. Ist ein Kollektiv überschuldet, sinken dessen Sozialstandards, dies gilt auch für Über-Investitionen einer Volkswirtschaft. Der Grenznutzen nimmt ab, wird schließlich negativ. Das **Zweite Gossen'sche Gesetz** beschreibt diesen Zusammenhang. Die Einnahme-Überschuss-Rechnung der Bundesrepublik Deutschland lässt dessen Anwendung zu. Dieser wirtschafts-mathematische Zusammenhang zeigt unbestechlich, dass das pure Streben nach Kapitalertrag mit exponentiell wachsenden Rendite-Anteilen ohne deren Sozialbindung jede politische Ordnung auflöst, vermittelt über das Geldsystem. Hier ist die Grenze des Wirtschafts-Wachstums erreicht. Die Überschuldung nützt noch nicht einmal den Investoren, Insolvenzen nehmen zu, wenn nicht von Seiten des Staates Rendite abgeschöpft wird. Das Geldsystem, bestehend aus dem **Vertrauen auf ein politisches Gesetz**, garantiert durch die Verfassung, bricht unter sozialen Unruhen zusammen. Ist das unser Ziel von Wirtschaftswachstum?

9.0 Zusammenfassung und finanzpolitische Schlussfolgerung:

In einer arbeitsteiligen Gesellschaftsordnung muss sich jeder mit seinen Fähigkeiten einbringen. Er hat das Recht zu lernen, sowohl in der allgemein bildenden Schule als auch in weiterer Ausbildung und danach im Beruf. Später steht er mit seinen Fähigkeiten dem Gemeinwohl zur Verfügung. Für seine Arbeit wird er entlohnt und bestreitet mit seinem Arbeitsentgelt seinen Lebensunterhalt.

Für die Organisation seiner arbeitsteiligen Wirtschaftsordnung hat der Mensch eine geniale Erfindung gemacht : **das Geld**.

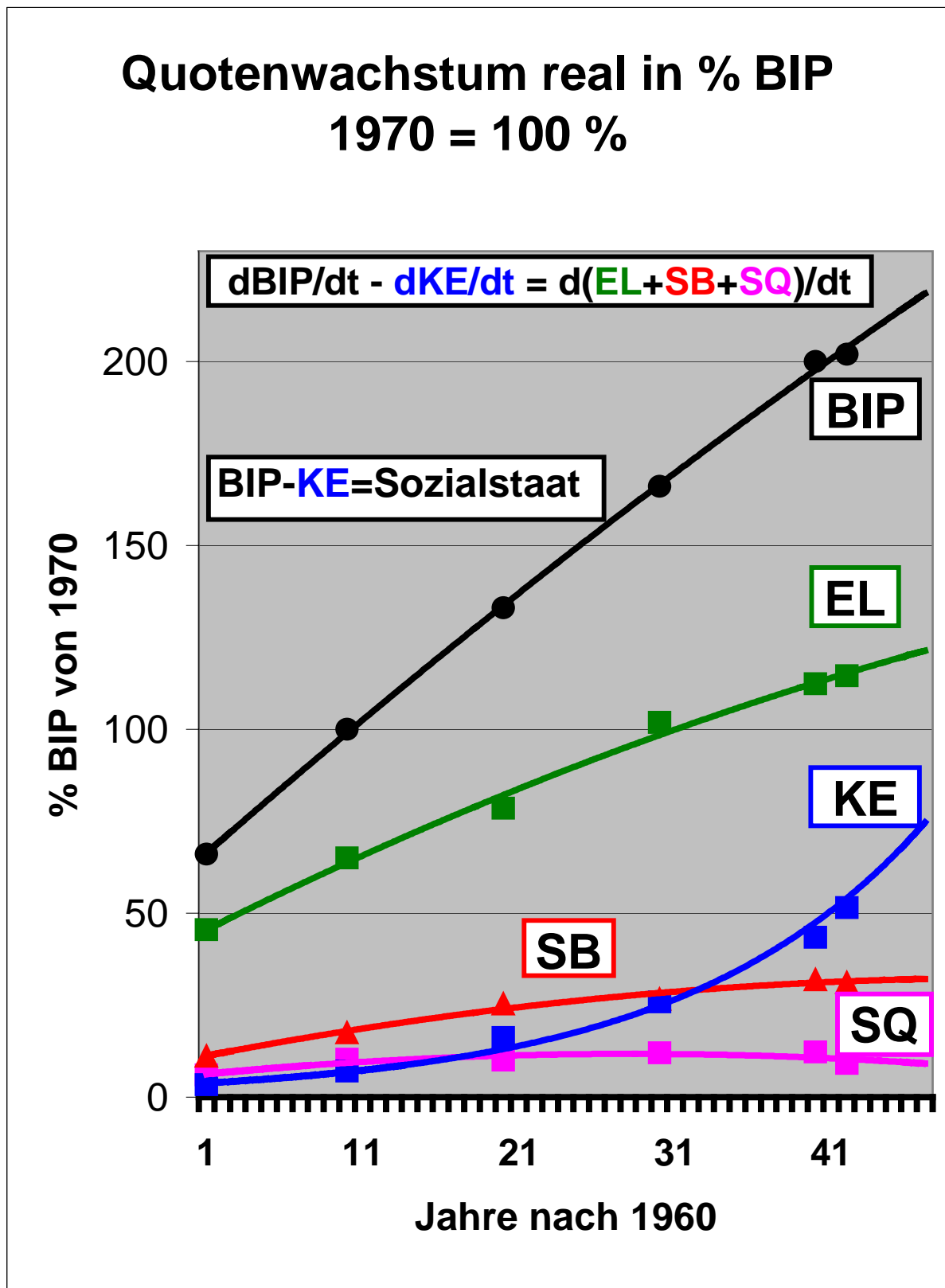


Abb.10: graphische Darstellung von Tab. 6. **Kapitalertrags-Anstieg** dKE/dt entspricht mittlerweile dem Wirtschaftswachstum $dBIP/dt$, d. h. trotz Wachstum bekommen **Arbeitswelt**, **Sozialordnung** und **Staat** keine zusätzliche Kaufkraft $d(EL+SB+SQ)/dt$. Übersteigt der **KE-Zuwachs** das Wirtschaftswachstum, d.h. $dBIP/dt < dKE/dt$, dann verliert der Sozialstaat.

Wirtschaftswachstum ?? Gesetz des negativen Grenznutzens

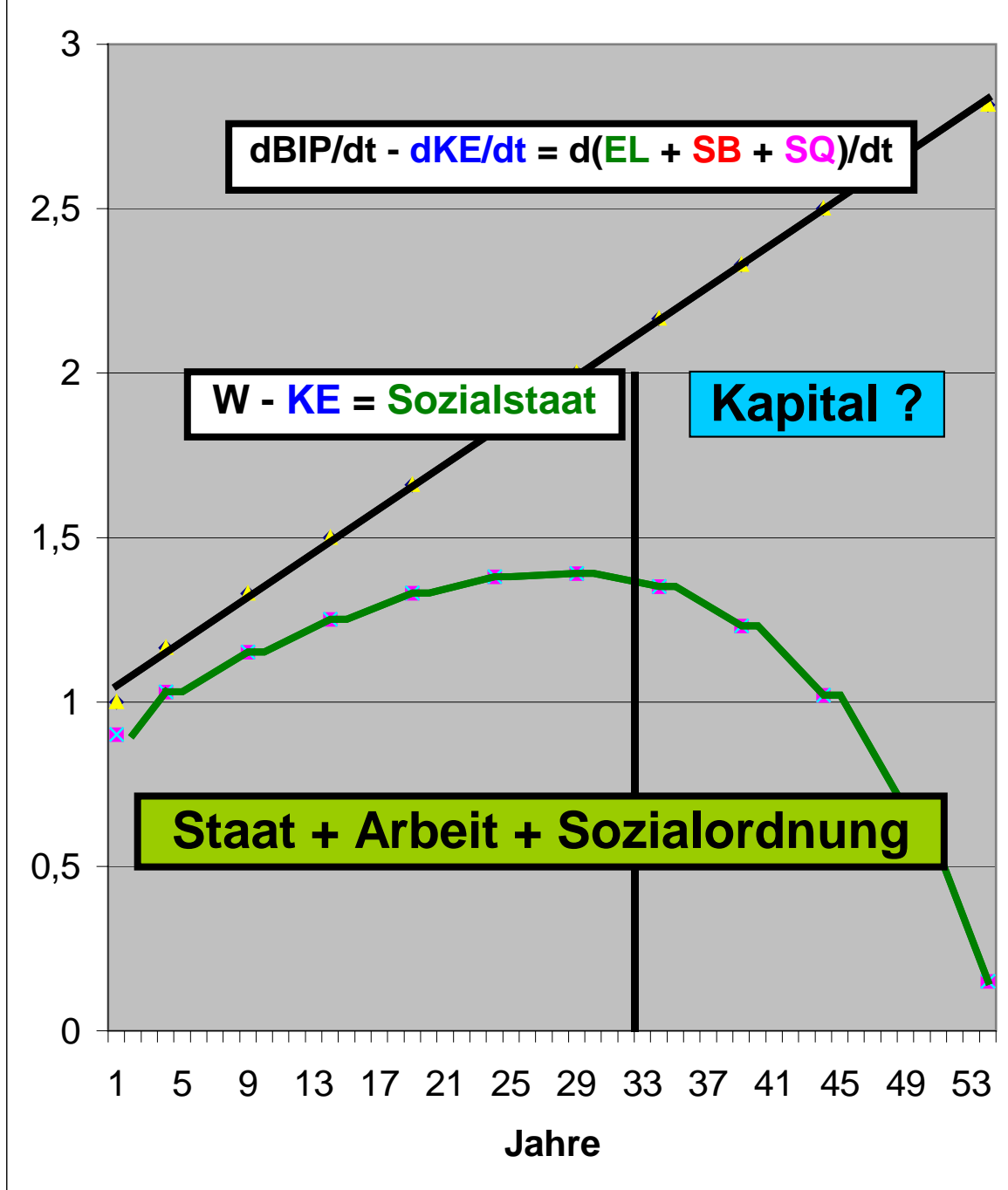


Abb.11: Übersteigt der **Kapitalertrags-Zuwachs** (dKE/dt) das Wirtschaftswachstum ($dBIP/dt$), so fällt die Kaufkraft-Summe von **Staat**, **Arbeit** und **Sozialordnung** $d(EL+SB+SQ)/dt$ ab, d. h. die Veränderung wird negativ. Das zu Tauschzwecken in einer arbeitsteiligen Gesellschaft genutzte Geldwesen zerfällt, die politische Ordnung zerbricht.

Unser Geld gibt es nicht nur zum Tausch, es ist auch Wertaufbewahrungsmittel und kann deshalb von demjenigen, der mehr einnimmt als er ausgeben muss, zurückgehalten werden. Heutzutage kann es aber auch über **internationale Finanzmärkte** an jeden Ort der Erde transferiert werden, um dort aus der fremden Wirtschaft ein **Maximum an Rendite** herauszuholen. Dieser Vorgang entzieht zwar der heimischen Wirtschaft Geld, der Kapitaleigner braucht deshalb aber keinesfalls auf einen derartigen Effekt zu verzichten. Gegen dieses, die Wirtschaft strangulierende Herausnehmen aus dem regionalen Geldkreislauf gibt die Arbeitswelt hierzulande als Anreiz eine „Belohnung“, nämlich Geld, neben Zinsertrag mehr Rendite. Hierzulande muss die Arbeitswelt das **Renditegebot** ferner Länder **überbieten**, sonst gibt es eben kein Geld, obwohl dieses Medium eine **staatliche** Einrichtung ist! So bringt Verleihen von Guthaben und Sacheigentum Geld ein und aus vermehrtem Guthaben und Eigentum wird stetig **n o c h** mehr Guthaben und Eigentum. Allem Guthaben und Eigentum stehen spiegelbildlich genauso viel Schulden bzw. Fremdnutzungsverträge mit Schuldscheincharakter gegenüber! Rolf Breuer (Deutsche Bank) sprach von der **Selbst-Alimentation** des Geldwesens. Da Sacheigentum real begrenzt ist, wird über diesen Prozess eine **Lawine von Enteignungen** ausgelöst. Diese Automatik beschleunigt sich unkontrolliert zunehmend. Je weiter sie fortschreitet, desto rascher wird sie. Jedem mathematisch geschulten Menschen wird in der Darstellung einer immer steiler werdenden Kurve klar, dass diese **Exponentialfunktion** zum Zusammenbruch des Systems führen muss (siehe Anhang Wirtschaftsmathematik). Schlussendlich gehören der Staat, die Mittel zur Daseinsvorsorge und zur Produktion privat einigen wenigen Reichen – die Bevölkerung wohnt zur Miete mit Steigerungsklausel, zahlt Maximal-Rendite zur Nutzung von Wasser, Energie, Nahrung – demnächst wohl auch auf Atemluft und Sonnenlicht-Verbrauch.

Vor diesem (internationalen) Zusammenbruch stehen wir heute!

Tab 4 zeigt deutlich, dass 1970 noch 75% des Arbeitsertrages für die Arbeitswelt zur Verfügung standen, nimmt man 65% effektiven Lohn und 10% Netto-Steuern zusammen; 25% BIP waren leistungsloses Einkommen, aufgeteilt in zwei Drittel (17%) für das Sozialbudget und ein Drittel (7%) für Kapitaleigner.

Im Jahre 2002 teilen sich Staat und Arbeitswelt nur noch 60% der Erträge; **40 % sind leistungsloses Einkommen**, wovon drei Fünftel an wenige Eigentümer, zwei Fünftel an alle sozial Berechtigten gehen. Die Anzahl der Eigentümer hat abgenommen, die der sozial Berechtigten hat massiv zugenommen. Nicht damals lebten wir über unsere Verhältnisse, sondern heute. Über diesen Allokationseffekt des Geldes

vollzieht sich die **Enteignung von Staat und Arbeit**. Riesengewinne für die Eigentümer (ohne eigene Leistung), Zusammenbruch der Sozialsysteme, Arbeit mit stetig schlechterer Entlohnung, Verdämmern des Staates.

Dem Staat fehlt jede politische Manövriermasse, und im stetig fallenden Anteil des **Netto-Sozialbudgets** tummeln sich immer mehr Berechtigte. Diese Entwicklung wird uns als „Gang in die Dienstleistungsgesellschaft“ verkauft. Mir drängt sich eher der Eindruck auf, es handele sich um einen Gang in die Versklavung. **Grundrechte werden massiv verletzt**. Mussten wir Arbeitenden „anno König“ den Zehnten abgeben, so sind es bald drei Zehnte. Das aber ist mehr als **Feudalismus**.

Daneben bekommt der **Staat** aus den Kapitalerträgen **keine adäquate Steuer**, um das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht halten zu können, kompensiert aber bis heute den Renditeanspruch an das Steuer- und Sozialbudget. Jetzt verabschiedet er sich wie ein kaum mehr vorhandenes Anhängsel der neoliberalen Geldwirtschaft. Kein Netto-Steuer-Budget, kein Staat - **kein Staat, keine Demokratie**. Wohin also?

Auf der einen Seite schafft der Kapitalertrag ein leistungsloses Einkommen ohne persönlichen Zeit-Aufwand, und dies stetig steigend, auf der anderen Seite müssen die Schuldner rationalisieren oder immer mehr Arbeitszeit aufwenden für die Ertrags-Ansprüche der Eigentümer. Arbeitszeitverlängerung für noch beschäftigte Menschen fördert eben die Kapitalrendite. Wem gehört demnach die Lebenszeit der Menschen, wem das Leben? So verwirklicht sich der alte Ausspruch: Zeit ist Geld, d. h. für mich persönlich und alle meine Mitbürger: **Je fleißiger wir alle arbeiten, desto weniger bekommen wir anteilig vom Ertrag ab**. Jetzt kenne ich die wirtschaftspolitische Ursache meiner in der Einleitung genannten betriebswirtschaftlichen Problematik. Ich bin es nicht Schuld, ich bin nur Teil eines tyrannischen Systems, dem ich nicht entrinnen kann, weil Regierungen versagen – oder aber dem Tyrannen etwa selbst dienen?

In dieser Problematik liegt auch die Ursache für die **Schwarzarbeit**. Bekommt ein Mensch in Deutschland für **geleistete Arbeit** Geld, zahlt davon **keine Sozialbeiträge** und **keine Steuern**, so sei dies strafbar, sagt der Gesetzgeber. Soll ein Arbeitnehmer **mehr arbeiten ohne Lohnausgleich**, bekommt er für diesen Anteil **keine Kaufkraft**, der Staat **keine Steuern**, die Sozialkasse **keine Beiträge** – dies ist offizielle Wirtschaftspolitik in Deutschland. Bekommt ein Mitmensch hierzulande jedoch viel Geld aus Kapitalertrag, ohne selbst dafür gearbeitet zu

haben, zahlt davon **weder Sozialbeiträge** noch **adäquat Steuern**, so handelt es sich um einen durch Macht abgesicherten **Rechtsanspruch**. Faktisch führt diese Vorgehensweise zum Verlust staatlicher und sozialer Ordnung (siehe Anhang Finanzmathematik). Welchen Respekt soll ich vor einer solchen **Rechts- und Sozialordnung** haben?

Der Bezug von Geld ist ein Rechtsanspruch. Hat jemand für mich gearbeitet, bekommt er Anspruch auf Bezahlung. So einfach ist das. Aber hat jemand, der **nicht** dafür arbeitet, sondern nur sein stetig von allein wachsendes Eigentum in Geld- und Sachwerten zwecks Fremdnutzung bereitstellt, wirklich einen **Rechtsanspruch auf Arbeitsertrag anderer** in einer solchen Größenordnung, wie er sich mittels **weltweit offenem Geldsystem** aus dem Sozialgebilde Deutschland (und anderen Ländern) herausholen lässt? Mir kommen da Zweifel!

Wir leben in einem Land, in dem Brutto- wie Netto-Kapitalerträge seit rund drei Jahrzehnten weitaus schneller wachsen als die Wirtschaft. Dies ist Un-Recht, Arbeit(nehmer) und Kapital(eigner) sind vor dem Gesetz nicht gleich. Dies ist Zerrüttung unserer Sozialordnung, ohnmächtig betrachtet von einer Regierung, die sicherlich keine Zeit hatte, sich in diese **Gelddynamik** einzuarbeiten, oder die gerade diese Eigenschaft des Geldes gut kennt und so eben (ihre) Geschäfte macht.

Die Antwort auf meine **Petition beim Deutschen Bundestag** - Aktenzeichen: Pet 2 / 14 / 15 / 8272/ 046748 - gab dieser Sichtweise unter dem Blickwinkel der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zwar recht, verwies aber diese Eingabe zur weiteren Beratung an das Wirtschaftsministerium. Dort versandete der Vorgang in der Bürokratie. Zurück blieb ein Bürger mit massiven Zweifeln am heutigen Funktionieren dieser finanzpolitischen Form von „Demokratie“.

9.2 Politische Forderungen:

Kapitalerträge, Mieten, Verzinsungen, Dividenden sind leistungslose Einnahmen aus Arbeit, die auf der anderen Seite den Lohn für Arbeit mindern. Allein die anteilig sinkende Lohnsumme wird zur Finanzierung des gesamten Sozialstaates herangezogen. Mehr als 60% aller Renditen werden über die Sozialordnung „erwirtschaftet“ (18,6% BIP=390 Mrd. €),
80% aller Steuereinnahmen sind per Saldo Kapitalertrag!

Daneben erfreuen sich Renditebezieher ihrer fehlenden Beteiligungs-pflicht an der Finanzierung sowohl unseres Staates als auch dessen Sozialsysteme. Hier sind **Bankstrukturmaßnahmen** notwendig, wenn sich Deutschland nicht erneut in ein **Armenhaus** verwandeln soll. Ferne Länder machen uns vor, wie mit solchen Problemen umzugehen ist, sie

steigen teilweise aus dieser Geldwirtschaft aus und regeln ihre Probleme nach den Prinzipien von Genossenschaften, bis in das Geldwesen hinein durch Schaffung von Regional- oder Sektoralwährungen. Alternativ wären Sozialabgaben zu zahlen dort, wo Kapital-„Kosten“ gewinn-, lohn- und steuermindernd gelten gemacht werden, beim Finanzamt.

Wenn die Behauptung gilt, dass Kapital Arbeitsplätze schaffe, warum ist dann dieser Arbeit(splatz)geber von den in Deutschland geltenden Sozialversicherungspflichten befreit? Die Fremdfinanzierungs-Quote der deutschen Wirtschaft liegt bei 85-90% (in den neuen Bundesländern bei 93%!), d.h., den deutschen Unternehmern gehört nur noch 10-15% des Produktiv-Kapitals, Eigentümer und damit Arbeitgeber ist im Wesentlichen nur noch Kapitaleigner, nachdem bereits frühere Arbeitsformen zerstört wurden. Beteiligte sich Kapitalertrag wie Unternehmergewinn an den **Arbeitgeberpflichten**, so wäre jedes Bruttogehalt in Deutschland um 22% entlastet. Unternehmer hätten im Jahre 2002 **180 Milliarden Euro** mehr Gewinn. Dieser Betrag wäre entweder zu versteuern oder stände zur Verfügung als Jahres-Brutto-Lohn von 36.000 Euro für 5 Millionen arbeitssuchender Mitmenschen. **Überproportionaler Kapitalertrag ist allein die Ursache für Arbeitsplatzabbau und permanent steigende Arbeitslosigkeit, nicht nur in Deutschland.** Arbeit haben wir genug – nur das Geld für die Bezahlung läuft durch unberechtigte Hände. Es handelt sich um eine verfassungswidrige **systemische Bereicherung** einer internationalisierten Minderheit aus der volkswirtschaftlichen Arbeit der Mehrheit.

Mein Betrieb hätte nicht 31.000 Euro Sozialabgaben, sondern nur 55% davon, 50% Arbeitnehmer- und 5% Unternehmer-Anteil, **45% Kapital-Anteil!** – hier wäre ein Arbeitsplatz spielend drin, den wir dann auch bezahlen könnten ohne einen Cent Mehreinnahmen.(siehe dazu auch den Flyer im Anhang)

In allen Schulen sollten SchülerInnen die sozial schädliche Wirkung des renditemaximierenden Geldes gelehrt bekommen an Stelle von Börsenspielen nach Schulschluss bei den Banken.

Sollte eine Korrektur der gegenwärtigen Entwicklung nicht möglich sein, droht der Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland eine neue Diktatur, diesmal die **Diktatur des Kapitals**, wie bereits schon durch die Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds für andere Länder aufgezeigt und hierzulande durch die **Agenda 2010** begonnen. Soziale Spannungen aufgrund struktureller Gewalt sind die Folge. Die Verfassung der BRD hätte nur noch Papierwert.

Wer soziale Ordnung, Bildung, Solidarität, **Freiheit** des Geistes, **Gleichheit** vor dem Recht und **Brüderlichkeit** in der Wirtschaft will, muss lernen, dass dieses Rechts-System ohne effektive Gegensteuerung innerhalb von zwei Generationen jede Sozialordnung zerstört. Für weniger wirtschaftsmathematisch interessierte Bürger empfehle ich als Nachmittagslektüre das Märchen „Momo“ von Michael Ende. Der Autor beschreibt darin das, was ich mit nüchternen Zahlen darzustellen versucht habe. Noch gilt das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Artikel 14 Absatz 2 besagt, Eigentum verpflichtete, sein Gebrauch solle auch dem Gemeinwohl dienen. Gegen diesen Artikel wird seit rund dreißig Jahren hierzulande verstoßen. Im Artikel 20 Absatz 1 heißt es: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein sozialer Bundesstaat“ und weiter in Absatz 4: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutsche das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ Auf dem Weg in diese Finanzdiktatur ist **Widerstand oberste Bürgerpflicht**. So steht es auch in der Verfassung der ersten Republik Frankreichs nach der französischen Revolution (siehe Deckblatt).

Dieser Widerstand gilt einem **Tabu** und einem **Unwissen** über unser Geldsystem, das letztendlich auch dem Gutwilligsten die Möglichkeit nimmt, sich nach seinen Fähigkeiten sozial in unserem Gemeinwesen einzubringen durch Arbeit, Solidarität und Mitmenschlichkeit. Um diese Qualitäten staatlicher Ordnung geht es auch bei den Demonstrationen gegen „Hartz IV“. Die Demonstranten wollen nicht Demokratie auf dem Papier, sondern als reale Staatsform.

Deutschland ist „überfischt“, die „Fangflotte“ ist zu groß, aber niemand ordnet die „Fangquote“. So wie wir die Erde ausbeuten, so quälen wir auch unsere soziale Mitwelt – es lässt sich nachrechnen, und ist **grundrechtswidrig**. In Kurzform habe ich diese Problematik auf einen Flyer geschrieben und in mein Wartezimmer gelegt (siehe S. 34). Viele Mitmenschen fangen an zu fragen und merken, dass sie um den Ertrag ihrer Arbeit betrogen werden, vor allem diejenigen, die heute noch in unser Sozialsystem einzahlen und jene, die von dem Geld des Sozialsystems für ihre Arbeit bezahlt werden.

Eins geht eben nur, entweder wir wollen **Demokratie und Solidarität**, oder wir gestatten **Profit dieser Größenordnung** und nennen den daraus resultierenden Kampf Jeder gegen Jeden **Eigenverantwortung**. Ob wir noch eine freie Wahl haben?

Langenhagen, im Mai 2005

Dr. Dieter Petschow

Liebe Mitbürger!

Wussten Sie schon, warum unser **Sozialstaat** in die Krise läuft, warum **Krankenkassen** und **Rentenversicherung** kein Geld haben, wie seine Bürger um den **Ertrag** ihrer **Arbeit** gebracht werden?

Ihre Arbeitswelt ist mit mehr als **6,5 Billionen (!) EUR** verschuldet. Alle arbeitenden Menschen zahlen dafür jährlich ca. **640 Milliarden EUR** für **Zinsen und Mieten** an wenige Mitbürger, die dafür nicht arbeiten müssen.

Das sind mehr als alle Steuern noch einmal.

Jeder Arbeitnehmer in Deutschland bekommt für **täglich 3 Stunden Arbeit** keinen Lohn, der **Ertrag** seiner Arbeit geht an die **Geldgeber**.

Jeder Haushalt in Deutschland zahlt jährlich auch ohne eigene Schulden **20.000 EUR Kapitalertrag** über die Endverbraucherpreise.

Auf **Einnahmen aus Geldgeschäften** entfallen weder Anteile zur **Renten-** und **Krankenversicherung**, noch für **Altenpflege** oder **Arbeitslosigkeit**.

Alle **Sozialversicherungen** werden von der **Lohnsumme** bezahlt, **Kapitaleinkünfte** sind ausgenommen – kommen aber aus **Arbeit** in **unserem Land**. Oder haben Sie schon einmal gesehen, wie **Geld arbeitet** ?

Kapitaleinkünfte wachsen, **Löhne und Gehälter** sinken - anteilig. Wären **Kapital** und **Arbeit** gleichverpflichtet, zahlten Sie an Ihre **Krankenkasse** ca. **7%**, an die **Rentenversicherung** ca. **14%** Ihres Brutto-Lohnes. Das wäre Senkung der **Lohnnebenkosten**.

Nur so verringert man Arbeitslosigkeit.

Dr. med. Dieter Petschow , 30855 Langenhagen - CGW – Christen für gerechte Wirtschaftsordnung
E-Mail: dr.pet.prax@t-online.de

Wirtschaftsmathematik:

Das BIP ist seit 1950 kontinuierlich, d. h. **linear** gestiegen. Es folgt demnach der mathematischen Funktion einer Geraden:

$$y = an + b, \text{ oder } BIP_n = \text{durchschnittl. Zuwachs} \times \text{Jahre} + BIP_{1970}$$

$BIP_{1970} = 675$ Mrd. DM oder 352 Mrd. €uro

$BIP_{2002} = 2.107$ Mrd. €uro

Durchschnittliches Wachstum $2.107 - 352 / 32 = 55$ Mrd. €uro pro Jahr.

In Preisen von 1990, ist das BIP von 1970 bis 2002 um den Faktor 2,0 gestiegen (Realanstieg).

$BIP_{1970} = 1,0$, $BIP_{2002} = 2,0$

Wachstum $2,0 - 1,0 / 32 = 1/32$ pro Jahr = 0,033 oder 3,3% vom BIP_{1970} .

Der Kapitalertragsanteil ist seit 1950 überproportional, d. h. **exponentiell** gestiegen, d. h. er folgt der mathematischen Funktion

$$KE_n = KE_0 (1 + ZW)^n$$

$KE_{1970} = 50$ Mrd. DM oder 25 Mrd. €uro

$KE_{2002} = 560$ Mrd. €uro, $n = 32$ Jahre, daraus folgt:

ZW (Kapitalertragswachstum) 10,2 % per anno (nominal)

$KE_{1970} = 0,071 \times BIP_{1970}$

$KE_{2002} = 0,266 \times BIP_{2002} = 0,266 \times 2 \times BIP_{1970}$, daraus folgt Realanstieg:
 $0,532 = 0,071 (1 + ZW)^{32}$, daraus folgt:

ZW (Zinswachstum) 6,5% per anno (real).

Während das BIP jährlich einen gleichen Betrag zunimmt ($1/32$ vom BIP_{1970}), steigt der Kapitalertragsanteil real exponentiell mit einer Rate von 6,5% per anno.

AL (Lohn) = „effekt.Lohn“ (EL) + Netto-Steuer (NSt) + Netto-Soz.-Budget (NSo)

AL = BIP - Kapitalertrag (KE)

$AL_n = \left[1 + \frac{1}{32} \times n \right] - \left[0,071 (1 + ZW)^n \right]$, für kleine n ansteigend, für große n wieder

(linear) (exponentiell)

abfallend auf

Arbeitslohn wird null!

Was bedeutet, dass die Sozialordnung mit diesem System nach zwei Generationen zerbricht

... und das ist morgen ! (siehe Abb. 11)

Quellen: Statistisches Taschenbuch, BMfA, - Download, 2004

Monatsbericht 05/2003, BMfFi, Quoten als wichtige gesamtwirtschaftliche Größen

www.bundesbank.de, Zeitreihen

www.geldreform.net

www.inwo.de

Barmer Ersatzkasse, Presseseminar am 26.08.1999 in Berlin

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland